

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Mittwoch, den 21. April 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

#### Der Krieg ist ausgebrochen.

Das heißt der offizielle Krieg — der offizielle Krieg wird ja seit Monaten in Areta lustig geführt und war seit dem 5. d. M. auch an der türkisch-griechischen Grenze bereits im Gange.

Daß es dem „europäischen Konzert“ nicht gelungen ist, dem offiziellen Krieg binnen 24 Stunden ein Ende zu machen, war schon eine ungeheure Blamage. Daß das „einige Europa“ aber den Ausbruch des offiziellen Kriegs nicht verhindern konnte, das ist ein geradezu beispielloses Armuthszeugniß — ein Armuthszeugniß, das sogar den schwedischen Reichskanzler Oxenstierna, den Urheber des geflügelten Wortes von dem negativen, durch Abwesenheit glänzenden Verstand der Staats- und Staatenlenker, mit Stöhnen erfüllen würde, wenn es ihm vergönnt wäre, auf die Erde zurückzukehren. In bezug auf die Entwicklung dieses negativen Verstandes der Diplomatie würde er einen kolossalen Fortschritt seit seiner Zeit feststellen müssen.

Der absolute Bankrott der europäischen Diplomatie ist an sich eine noch wichtigere, und da sie auf die Völker nicht ohne Eindruck sein kann, wohl auch folgenschwerere Thatsache als der Krieg selbst.

Dieser ist offiziell am Sonnabend vor Ostern eröffnet worden — und zwar durch die Pforte, welche nicht länger Versprechens zu spielen Lust hatte, und von der vollen Thatsache des Kriegs nur den dünnen, in Athen gewobenen Schleier wegzunehmen hatte.

Am Sonnabend erklärte die Pforte den Krieg und die türkische Armee setzte sich sofort in Bewegung. Da die türkische und die griechische Armee einander seit Wochen an der Grenze in enger Nachbarschaft gegenüberstanden, und da auf beiden Seiten alles zum Kampf vorbereitet war, so kam es der ganzen Grenze entlang sofort zu Zusammenstößen. Wir hoffen bald in der Lage zu sein, unseren Lesern eine brauchbare Karte des Kriegsschauplatzes in den Text eingedruckt zu liefern — die augenblicklich zur Verfügung stehenden sind ungenügend —; einstweilen müssen wir unsere Leser bitten, sich mit Hilfe der Landkarten so gut es geht, zurechtzufinden. Es ist dies allerdings nicht leicht, zumal die massenhaften Berichte von Uebertreibungen, Ferkühmungen und Widersprüchen wimmeln. Zur Orientirung sei einstweilen bloß bemerkt, daß der türkische Vorstoß allem Anscheine nach in der Richtung von Klajfona, wo das türkische Hauptquartier, nach Larissa, der Hauptstadt Thessaliens, wo das griechische Hauptquartier ist oder war, sich vollzieht, und daß die übrigen gemeldeten Gefechte von mehr nebensächlicher Bedeutung sind. Nach türkischen Berichten, denen die griechischen jedoch entgegenstehen, hätten die Türken vorgestritten und gestern sich der Pässe vor Tyrnavos bemächtigt. Bestätigt sich dies, so war der Weg nach Larissa offen, und die Griechen, die sich nach türkischem Zeugniß gut geschlagen haben, müßten entweder in der Thessalischen Ebene eine Entscheidungsschlacht annehmen oder den Rückzug antreten.

In Vermuthungen sich ergehen, während die eisernten Kriegswürfel im Rollen sind, wäre Thorheit. Und Thorheit wäre es auch, sich mit den etwaigen Plänen und Absichten des „europäischen Konzerts“ befassen zu wollen.

Zunächst haben die Kanonen das Wort. Und nach dem greisenhaft-kindischen Gefasel der Staatsmänner des „gemeinigen Europa“ ist der eheliche Kanonendonner beinahe herzerfrischende Musik.

Die Depeschen über die kriegerischen Ereignisse widersprechen sich selbstverständlich, sie sind je nach der Quelle, aus der sie stammen, türkisch- bzw. griechenfreundlich gefärbt.

Wir beschränken uns auf die Mittheilung der zum Verständniß der gegenwärtigen Situation wichtigsten Depeschen:

Konstantinopel, 18. April. An der hiesigen Gesandtschaft sind heute früh die staatlichen Hoheitszeichen Griechenlands entfernt worden. Im Zusammenhange damit wird bekannt, daß der griechische Gesandte gestern spät abends von der Pforte die Mittheilung über den Abbruch der Beziehungen mit Griechenland erhalten habe. Auch die hiesigen griechischen Konsulate bereiten sich vor, das türkische Gebiet zu verlassen, wozu ihnen eine Frist von 14 Tagen gesetzt sein soll.

Berlin, 18. April. Dem Vernehmen nach ist einem von der Pforte hier ausgesprochenen Wunsche zufolge der kaiserlich deutsche Gesandte in Athen für den Fall des Abbruchs der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland mit der diplomatischen Wahrnehmung der Interessen türkischer Staatsangehöriger in Griechenland betraut worden.

Unter dem 18. d. M. wird aus Athen telegraphirt:

Die Pässe des türkischen Gesandten in Athen sind ausgefertigt. Die beiden letzten Klassen der Reserve sind einberufen. Deputirtenkammer. Hans und Trübner sind überfüllt. Ministerpräsident Deljanoff erklärte, die türkische Regierung habe heute die Erklärung vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen notifizirt, unter dem Vorgeben der aggressiven Haltung Griechenlands. Deljanoff zählt alsdann die jüngsten Thatsachen auf, welche das Gegenheil beweisen. Die Türkei sei der angreifende Theil gewesen, ihre Truppen hätten die griechischen angegriffen, hätten die neutralen Positionen besetzen wollen und hätten endlich den Dampfer „Makedonien“ an der Einfahrt des Busens von Areta in den Grund gehohlet. Die Türkei, so fährt der Ministerpräsident fort, hat uns den Krieg erklärt, wir haben ihn angenommen. (Wiederholter Beifall.) Deljanoff behauptete, daß die Türken wiederholt den Pass von Reveni, welcher den Weg nach Larissa beherrscht, in ihre Gewalt bekommen wollten, jedoch zurückgeschlagen worden seien. Die

Führer der Opposition gaben alsdann unter erneuten Beifalls- und Jubelungen patriotische Erklärungen ab.

In dem Augenblicke, als der Dampfer der panhellenischen Gesellschaft „Makedonien“ heute früh den Busen von Ambrakia verließ, feuerten die Türken von Prevesa aus auf denselben und bohrten das Schiff in den Grund. Die Mannschaft wurde getödtet, der Kapitän schwer verwundet. Die Regierung ertheilte der griechischen Flotte im Golfe von Ambrakia den Befehl, Prevesa zu bombardiren. Das Bombardement währte seit mehreren Stunden. Nach authentischen Depeschen beschossen die Kanonenboote mit Erfolg das Fort Stasidaki. Vier Kanonenboote griffen Salagura an. Eine weitere Depesche meldet, daß um 2 1/2 Uhr nachmittags das Feuer von seiten des Panzerschiffes „Vasilios Georgios“ und des Kreuzers „Mianlis“ eröffnet wurde. Von der Batterie Hamidie und dem Fort Pantokrator wurde auf die griechischen Schiffe geschossen, doch hatte das Feuer wenig Wirkung. Um 3 Uhr 25 Min. schlug ein Geschütz des „Mianlis“ in die Batterie Hamidie ein. Das Fort Stasidaki wurde von den griechischen Schiffen zerstört. In Bonitsa sind Kanonenboote eingelaufen, um ein Landungskorps an Bord zu nehmen. Die griechische Batterie Kefali Panaghia unterstützte erfolgreich die Flotte im Golfe von Ambrakia.

Um 4 Uhr nachmittags befragte der Kommandant von Aktium, daß das Fort Stasidaki zerstört sei. Das Bombardement dauert im übrigen noch an.

Die griechische Regierung, welche Werth darauf legt, zu betonen, daß sie bis zum letzten Augenblicke an ihren freundlichen Bestrebungen (Ved. d. Vorw.) festgehalten habe, giebt aus diesem Grunde dem Korrespondenten des Louis Virech's Telegraphen-Bureau ein genaues Bild über die Vorgänge der letzten Tage. Die türkischen Truppen machten am Freitag Abend einen Angriff auf die auf einem Hügel gelegene Ortschaft Analipsis, wurden aber von den Griechen zurückgeworfen. Analipsis liegt in der neutralen Zone und wird nur im Sommer von Griechen bewohnt; ist also jetzt ohne Einwohner. Dieses Vorgehen der Türken bedeutete schon allein einen Friedensbruch. Die griechischen Truppen, welche die Annäherung der Türken bemerkten, besetzten Analipsis und konnten dem Insturm erfolgreich Widerstand leisten. Am Sonnabend früh um 5 Uhr wurde ein zweiter Angriff seitens der Türken unternommen, aber gleichfalls zurückgeschlagen. Im Laufe des Sonnabends fand alsdann in Konstantinopel ein Ministerrath statt, in welchem beschlossen wurde, an Griechenland den Krieg zu erklären. Am 11 Uhr abends wurde die Kriegserklärung dem griechischen Gesandten in Konstantinopel übergeben. In derselben wird nicht nur gesagt, daß der griechische Gesandte in Konstantinopel und der türkische Gesandte in Athen sofort abzureisen hätten, und daß sämtliche Konsulate aufgehoben seien, sondern es wird vor allem festgesetzt, daß alle griechischen Unterthanen innerhalb 14 Tagen die Türkei verlassen müssen. Gerade dies bedeutet eine ungeheure Schädigung der vielen Griechen, die in der Türkei ihre zweite Heimath gefunden haben. — Ohne daß nun die türkische Kriegserklärung allgemein bekannt war, feuerte am Sonntag früh das türkische Fort Prevesa auf den griechischen Dampfer „Makedonien“, der den Golf von Prevesa verließ und bohrte das Schiff, welches viele Passagiere und Fracht an Bord hatte, in Grund. Dies war ebenfalls eine Verletzung des Völkerrechts, wogegen Griechenland energisch protestirt, denn erst im Laufe des Sonntags Vormittag überbrachte der türkische Gesandte in Athen der griechischen Regierung die Kriegserklärung. Die griechische Antwort darauf betont eingehend den friedlichen Standpunkt, welchen Griechenland von jeher eingenommen habe, und stellt fest, daß die griechischen Truppen in den letzten Tagen wiederholt gezwungen waren, Angriffe der türkischen Truppenkörper zurückzuschlagen.

Von türkischer Seite liegen folgende Meldungen zur Kriegserklärung vor:

Konstantinopel, 18. April. Eine amtliche Bekanntmachung bringt das vorgestern erfolgte Eindringen griechischer Truppen in türkisches Gebiet zur Kenntniß und führt aus, die Pforte habe die Erhaltung des Friedens bis jetzt möglich gemacht, aber die Haltung Griechenlands zwinge sie zu entsprechenden kriegerischen Schritten. Eudem Pascha habe den Befehl zum defensiven und offensiven Handeln erhalten unter Befolgung des Planes, welcher durch den Kriegsrath festgestellt und durch ein Erbe genehmigt ist.

An die osmanischen Vertreter im Auslande wurde schon am 16. d. M. abends ein eingehendes Rundschreiben gerichtet, welches an den über Kraxia in der letzten Woche erfolgten Einfall in türkisches Gebiet erinnert und dabei auf die Beistellung griechischer Truppen an diesem neuen Einfall hinweist, indem es zugleich die Hoffnung ausdrückt, die Mächte würden in ihrem Gerechtigkeitsgefühl zugestehen, daß die ganze Verantwortlichkeit für den Krieg auf Griechenland zurückfalle. Schließlich erklärt die Zirkularnote, daß die Türkei keinerlei Eroberungspläne verfolge und bereit sei, um einen neuen Beweis ihrer friedlichen Bestimmung zu geben, ihre Truppen zurückzugeben, wenn Griechenland die seitigen von der Grenze und aus Areta zurückzöge.

Ueber die Situation auf dem Kriegsschauplatz sind heute folgende Depeschen aus Konstantinopel versandt worden:

Telegramm Ehem Pascha's an den Großvezier: Alle Tyrnavos dominirenden Höhen wurden genommen, der Kampf dauert fort, ein Gezone wurde gefangen genommen, 2 Gewehre und 20 Risten Munition wurden erbeutet. Das in griechischen Besitz gefallene Dolas-Kotepe (?) wurde wieder erobert.

Telegramm des Korpskommandanten in Janina an den Großvezier: 13 griechische Kriegsschiffe bombardirten 4 1/2 Stunden lang Prevesa, das Feuer der 15 Zentimeter-Kanonen der Werke Hamidie und Jenikale erzwang ihren Rückzug. Drei Schiffe trafen griechische Panzerschiffe, auf türkischer Seite ist kein Verlust zu verzeichnen.

Telegramm des Wali an den Großvezier: Gegen die bei Praxista in der Nähe von Kavala aufgetauchte griechische Bande wurden Truppen und Gendarmerie von Saloniki und Seres entsandt; 50 Banditen wurden getödtet und 5 gefangen genommen, welche mit Dynamit, Karten und einem photographischen Apparat ausgerüstet waren.

Ein Telegramm des Wali von Adrianopel an den Minister des Innern enthält die Meldung des Kaimakam von Kanti (Gefolge), daß von der bei Praxista aufgetauchten griechischen Bande hundert Mann getödtet worden und der Rest gerettet sei.

Ein Telegramm des Wali von Janina an den Minister des Innern übermittelt eine Ergebnissdepesche des griechischen Metropolitens von Prevesa.

Eine Depesche des Wali von Monastir an den Minister des Innern berichtet auf Grund einer Depesche der Zivilbehörden über die Eroberungen und die Offensive der 1., 2. und 4. Division und die Defensiv der 6. Division bei Kogfoci, in deren Bereiche die Griechen zwei Höhen besetzt hatten.

Berichte des türkischen Oberstkommandirenden Ehem Pascha heben die Verwegenheit und die Energie der Griechen, sowie die Fähigkeit der griechischen Verteidigung der Positionen von Melina, Papa Livado und Tyrnavos hervor. Einige schwache türkische Posten, deren Ortsangabe nicht genau ist, ferner kleine Streifkommandos und Patrouillen erlitten Schlappen. An einigen Punkten war dagegen der griechische Widerstand ein sehr geringer und artete in einen panikartigen Rückzug aus.

Im Jildiz-Kloster ist man heute zusehends unzufrieden und giebt der sicheren Erwartung Ausdruck, daß die griechische Landarmee bald besieg sein werde. Tageden begt man ernsthafte Besorgungen vor griechischen Unternehmungen zur See gegen die ausgedehnte türkische Küste und die vielen schutzlosen Hafenstädte, da das in den Dardanelles liegende Geschwader sich zu einer Aktion unfähig erweist. Das Gerücht von der Verlegung Ehem Pascha's findet bisher keine Bestätigung. Die Nachricht, daß Marshall Kamphoener-Pascha nach dem Kriegsschauplatz beordert worden sei, ist falsch.

Eine Depesche aus Klajfona bringt die Mittheilung über die Einnahme des griechischen Ortes Kurlifoval (Griehowali?) durch die 5. Division unter dem Kommando Mescha Pascha's und der Höhe von Tyrnavos, durch welche der Pass und die Höhe von Papa Livado beherrscht werden. Auf derselben wurden Geschütze aufgestellt. Elf Griechen wurden zu Gefangenen gemacht und viel Kriegsmaterial erbeutet. Auf den eroberten Höhen von Melina wurden drei Batterien und auf der von der Brigade Schelal Pascha's eroberten Höhe von Pernar zwei Batterien errichtet, welche den griechischen Truppen viel Schaden zufügen. Nach türkischen Angaben wurden bisher neun griechische besetzte Grenzpositionen erobert. Weitere Depeschen aus Klajfona melden die Einnahme der griechischen Orte Karabere und Karbatal und der Positionen Semet Lepz und Kasallar, die Flucht der Griechen unter Zurücklassung von Kriegsmaterial und die Fortdauer der Kämpfe auf der griechischen Verteidigungslinie des Flußes Deraghis, sowie die Vorbereitung der Türken zum Vormarsch gegen Larissa.

Aus Athen liegen auch vom heutigen Tage folgende Depeschen vor:

Es verlautet, den griechischen Truppen sei es gelungen, mehrere strategische Punkte in der Umgegend von Damassi und sogar den Ort Bigla zu nehmen. 3000 bewaffnete Bauern kämpften auf Seite der griechischen Armee. Es heißt, die Türken seien bei ihrem Angriff auf den Reveni-Pass 22000 Mann stark gewesen.

Der Kampf bei Reveni wurde heute früh wieder aufgenommen. Die Türken greifen mit stärkeren Streitkräften als an den Tagen vorher an. Die Griechen leisten kräftigen Widerstand.

Heute Vormittag 9 Uhr wurde die Beschießung Prevesas wieder aufgenommen. Das Wetter ist ausgezeichnet. Man hofft die Beschießung Prevesas heute erfolgreich zu beendigen. Um Mitternacht ist ein Geschwader mit geheimer Bestimmungsorte ausgelaufen. Mehrere Schiffe der Handelsflotte sind eiligst armirt worden und haben Landungstruppen an Bord genommen. Bei Bani versuchten die Griechen den Krachios (Artafios) auf Pontons zu übersetzen, die Türken warfen sie jedoch zurück. Seit gestern Nachmittag 5 1/2 Uhr beschließen die Türken Areta; der Kampf ist dort heftig entbrannt. Die griechischen Truppen haben Griehowali nach erbittertem Kampfe wiedergewonnen.

#### Politische Ueberblick.

Berlin, 20. April.

Militär-Strafprozess und preussisches Vereinsgesetz. Unter dieser Epithete schreibt der oft osigisid bediente „Dams. Kor.“ über die für erschüttert geltende Stellung des Reichskanzlers:

Wir sehen keinen Grund, weshalb gerade in diesem Augenblicke die Frage seines Rücktrittes aufgeworfen wird. Daß der Reichskanzler mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, von denen die parlamentarischen nicht einmal die härtesten sind, ist ja bekannt. Aber wir glauben nicht, daß im Laufe dieser Session eine Entscheidung fallen wird, die einen Wechsel in den höchsten Aemtern des Reichs und Preussens bedingt, nachdem die Maximalfrist dazu nicht geführt hat. Wir halten es für wahrscheinlich, daß die Vorlagen, deren Einbringung der Reichskanzler und Ministerpräsident für diese Tagung zugesagt hat, in der That an den Reichstag und an den Landtag gelangen, aber es sieht unseres Erachtens nicht so aus, als ob sie zur parlamentarischen Verabschiedung gelangen würden.

In der gleichen Nummer dieses Blattes findet sich die folgende Depesche aus Berlin:

Eine Reichskanzlerkritik anläßlich der Novelle zum Vereinsgesetz ist, wie aus bester Quelle verlautet, nach Lage der Sache vollständig ausgeschlossen.

Also für 14 Tage können wir uns nun der Reichskanzlerschaft Dohlenlohe's sicherlich erfreuen. —

Krisengerüchte. Nachdem man den Reichskanzler wieder einige Zeit im Amte lassen will, verbreitet man nun die Mittheilung, daß der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes Niederbering seinen Abschied zu nehmen beabsichtigt.

Es ist nicht erstaunlich, daß Krisengerüchte bei uns stets Glauben finden. —

Dolus eventualis redivivus! Es wird uns geschrieben: Man wird sich des Aufsehens erinnern, das die eigenthümliche Anwendung des dolus eventualis durch die Breslauer Staatsanwaltschaft und die dortige Strafkammer im Falle Liebknecht erregte.

Der Begriff des „eventualdolus“ heißt nach neuen Opfern. Die I. Strafkammer zu Breslau sprach vor kurzem den Chefredakteur Dr. Bruno Wagener aus Hamburg frei von der Anklage, durch die von ihm verfaßte Broschüre:

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.  
Kernsprecher: Axel I, Nr. 1508.  
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

„Dem deutschen Volke ein Volkskaiser. Ein offener Brief an S. Majestät Kaiser Wilhelm II.“ eine Majestätsbeleidigung begangen zu haben. Gegen dieses Urteil hat nun die Staatsanwaltschaft zu Breslau das Rechtsmittel der Revision eingelegt. Der Staatsanwalt erkennt als — durch die Revision nicht anfechtbare — gerichtlich festgestellte Tatsache an, daß die Broschüre aus löblicher patriotischer Absicht zur Abstellung von Mißständen geschrieben sei, die nach Ansicht des Verfassers vorliegen; er erkennt ferner die Feststellung an, daß weder objektiv noch subjektiv eine Majestätsbeleidigung vorliege. Aber — und darauf stützt sich die Revisionschrift — es sei unterlassen worden, in die Prüfung der Frage einzutreten, ob nicht etwa ein *Eventualdolus* vorliege! Der Gerichtshof hat — wie es im Urteil heißt — wegen eines Ausdrucks in der Broschüre anfänglich Zweifel gehegt, dann aber doch als festgestellt, also außer Zweifel erachtet, daß auch hier weder objektiv noch subjektiv eine Majestätsbeleidigung vorliege. Wenn aber demnach für die Revision als nicht anfechtbar feststeht, daß in dieser Stelle auch objektiv keine Beleidigung liegt, also keine rechtswidrige Kundgebung ehrenkränkenden Charakters, dann ist die trotzdem noch ausdrücklich erfolgte Verneinung der Absicht oder des Bewußtseins einer Beleidigung in dieser an und für sich nicht beleidigenden Äußerung schon überflüssig; vollends aber war es unnötig, noch besonders festzustellen, daß bei dieser von vornherein harmlosen Stelle auch der *Eventualdolus* gefehlt habe. Der Gerichtshof hat demnach ohne Verletzung einer Rechtsnorm durchaus korrekt gehandelt, und eine Aufsehung des Urteils unter dem Gesichtspunkte, der *dolus eventualis* sei nicht genügend berücksichtigt worden, dürfte gänzlich ansichtslos sein. Nichtsdestoweniger ist es bedauerlich, daß überhaupt ein solcher Versuch gemacht wird. —

**Wie schlecht es mit der Unabhängigkeit der Zentrumspreffe bestellt ist, zeigt wieder die Reform des „Zander“ durch Papsi Leo XIII.** Ein römischer Merikaler schreibt hierüber der Wiener „Zeit“:

Zu zweiten Theile des päpstlichen Erlasses stellt Leo XIII. die Forderung bezüglich der Zensur der Bücher fest. Im 3. Kapitel finden wir eine ziemlich wichtige interessante Neuerung. Von nun an darf kein Priester irgend ein Buch, auch nicht religiösen Inhalts (über Kunst, Geschichte u. s. w.) veröffentlichen, ohne die Zustimmung seines Bischofs. Leo XIII. verkündet, wie man sieht, die Autorität der Bischöfe beträchtlich. Diese haben von nun an ein sehr wirksames Werkzeug gegen die Priester in den Händen, mit denen sie unzufrieden sind, oder deren Ansichten sie nicht theilen. Die Priester sind dadurch für ihre publizistische Thätigkeit ganz und gar in die Gewalt der Bischöfe gegeben. Leo XIII. geht sogar noch weiter: er verbietet den Priestern die Redaktion eines Blattes oder einer Revue anzunehmen, ohne die Zustimmung ihres Bischofs dafür eingeholt zu haben. Diese Maßregel ist für Deutschland und Oesterreich nicht ohne Bedeutung. Man weiß, daß in Deutschland viele katholische Blätter in den Händen von Geistlichen sind, die ihren Bischöfen Opposition machen. Von nun an werden diese, wenn es ihnen paßt, ihnen die Leitung ihrer Blätter entziehen können. Das kann von großer Bedeutung werden für die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich, in der der niedere Klerus eine bedeutende Rolle spielt und sich im Widerspruch zu den Bischöfen befindet, die durch den Zander-Erlass Leo XIII. nunmehr eine mächtige Waffe gegen diese Merikalen Apatoren in die Hand bekommen. Demwegen scheint mir auch dieser Artikel einer der wichtigsten in dem neuen Zander-Gesetze zu sein. Die anderen Theile der Bulle enthalten nichts Besonderes; sie sind einfach eine Wiederholung der früheren Statuten. —

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Aus Wiza wurde und unter dem 18. April geschrieben: Der Redakteur der deutschen Bergarbeiter-Zeitung „Glückauf“, F. H. H. H., war am Sonnabend, den 17. April, vor das hiesige Amtsgericht zu einer Verurteilung geladen. Dort wurde er wegen Majestätsbeleidigung in Haft genommen.

### Deutsches Reich.

— Zur Novelle zum Vereinsgesetz wird übereinstimmend in der Münchener „Allg. Ztg.“ und in der „Allg. Ztg.“ darauf gedrungen, die Novelle auf die einfache Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine zu beschränken. In der „Allg. Ztg.“ erfahren wir dabei gelegentlich, daß bei der seinerzeit von dem Minister Grafen Botho Eulenburg ausgearbeiteten reaktionären Novelle zum Vereinsgesetz auch Minister von Miquel mitgearbeitet hat. —

— **Verbandsstag deutscher Berufs-Genossenschaften.** Sobald die Formulierung der Regierungsvorschläge, betreffend die Dauer der Karenzzeit für die Unfallversicherung, bekannt ist, die gleich nach den Osterferien zu erwarten steht, soll, wie die „Post“ erfährt, ein außerordentlicher Verbandstag der deutschen Berufs-Genossenschaften, der für die Zeit zwischen der ersten und zweiten Lesung der Unfallversicherungs-Novelle schon früher in Aussicht genommen war, einberufen werden. —

— **Frankfurt a. M., 20. April.** Die Differenzen zwischen dem Vorstand des Frankfurter Journalisten- und Schriftstellervereins und dem derzeitigen Vorstande des Verbandes deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine und dem von dem Verein Leipziger Presse zur Erledigung der Vorbereitungen des diesjährigen Journalisten- und Schriftstellertages eingesetzten Hauptauschusses haben nach lebhaftem Meinungsaustausch zwischen den Beteiligten alsbald eine befriedigende Lösung gefunden. Es wurde festgestellt, daß auch an maßgebender Stelle Fragen, welche Zeugniszwang in Presssachen und dergl. betreffen, als Fach- und Standesfragen und nicht als politische Fragen betrachtet werden, und daß die bei Gewährung des Protektorats von dem Leipziger Hauptauschuss abgegebene Zusicherung eine Beschränkung der dem Journalistentage zukommenden Freiheiten nicht nach sich ziehen würde. So weit die Darstellung der Beteiligten.

— Also das allerhöchste Protektorat ist gesichert; Herz, was willst du noch mehr! —

— Zur Reichstags-Erfahrungswahl in Königsberg ist seitens des Magistrats bereits mit der Auffstellung der Bewerberinnen begonnen worden. Nach der „Berliner Antisemitischen Korrespondenz“ wird von den Antisemiten nicht Liebermann von Sonnenberg, sondern ein Königsberger als Kandidat der Antisemiten aufgestellt werden. —

### Oesterreich.

— Die czechischen Erfolge haben die Slowenen lächeln gemacht. Ihr Hauptorgan fordert nunmehr für die Slowenen dieselben Begünstigungen wie für die Czechen. Wir „Karantauer“, sagt das erwähnte Blatt, wollen in Kärnten, Steiermark, Krain und dem Küstenland Beamte, die ebenso gut slowenisch wie deutsch verstehen und sprechen. Wir verlangen die Vereinigung aller Slowenen in eine Provinz, wenn wir auch einige Tausend Deutsche oder Friauler mit in den Kauf nehmen müssen.

Wenn man bedenkt, daß der weitläufige größte Theil Steiermarks und Kärntens rein deutsches Sprachgebiet ist, so wird klar, wie sehr das badenische Regime die Slowenen angestachelt hat, die nationalen Forderungen in aller Schärfe zu formulieren. Man war in Oesterreich auf dem besten Wege, te nationalen Fragen in den Hinter-

grund zu drängen, dem Versöhnen der Völker; dem Baden ist es gelungen, die Zwietschacht zu hellodender Flamme anzufachen. —

### Ungarn.

Die Landarbeiter-Bewegung in Kroatien und Ungarn. Nach der Meldung eines Budapest Blattes herrschen in Kroatien-Slavonien in der Gegend von Esseg Bauernunruhen, zu deren Unterdrückung Militär aufgeboten wird. Oberst Oberbich hat sich, heißt es in der betreffenden Depesche aus Esseg, wegen der Bauernunruhen nach Vukovar begeben, um das Kommando über die Assistentenmannschaft zu übernehmen. Die Verhandlungen nehmen immer größeren Umfang an. Beim Essegger Gerichtshof sind gegen dreihundert Bauern eingesperrt. Assistentenmannschaft, die ein Oberst befehligt, die ungeheure Zahl von dreihundert Verhafteten bei einem einzigen Gerichtshof — wir wissen bereits, daß die Gefängnisse im ganzen Lande voll Bauern stecken —, das kann einen Begriff davon geben, welchen Umfang die ganze Bewegung angenommen hat.

Nachdem die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ konstatiert hat, daß alle Anstrengungen gemacht werden, über Ursachen und Verlauf der Bewegung nichts zu erfahren, so lassen, schreibt sie:

Die Welt soll nichts erfahren von den grauenhaften Dingen, die dort unter der Herrschaft des allmächtigen Banus des autonomen „Königreiches“ vor sich gehen, sie soll nicht darum wissen, daß die serbisch-kroatischen Bauern, diese Musterlinder des österröischen Patriotismus, durch Noth und politische Bedrückung bis zum Verzweifeln, bis zum gewaltthätigen Widerstand getrieben worden sind. Man will ihnen die Runden, eine selbstständige Organisation, die ihre so lange mißachteten Rechte und Interessen vertreten soll, zu bilden, gehörig austreiben. Man will demnach Wahlen machen, und da heißt es, vorher die widerhaarig gewordenen Bauern niederstampfen.

Greuel über Greuel, wo man hinblickt, in diesem unglückseligen, von einer Bande habgieriger Abenteurer ausgebeuteten Ungarn. Aber vom Ministerpräsidenten bis zum wildesten Oppositionsmann sind diese Vertreter der gewaltthätigsten, rachsüchtigsten Bourgeoisie Europas alle die gleichen Brüder, alle gleich im Haß gegen die Ausbeuteten, fest geeint bei allem parlamentarischen Krach durch das gemeinsame Band rothester Gierigkeit. Ein schmückendes Parolengehör erheben die Pester Blätter vom Regierungsbüro bis zu den Oppositionsblättern hinunter wegen des „drohenden“ Schmitters im Kisthof. Die „Schmittler“ hätten die Absicht, die Arbeit mitten in der Ernte niederzulegen, das wäre verhängnisvoll für die ungarische Landwirtschaft. Hierfür aber giebt es nur ein Mittel, und das ist die Verhinderung eines entsprechend großen Militäraufgebotes zum unangenehmen Einbringen in die Ernte-Arbeiten, wenn es wirklich zum Streit kommen sollte. . . . Dann würde einmal ein Exempel statuirt werden. . . . So schreibt das „Budapester Tagblatt“, das Leiborgan des Freiheitsmannes Kypsoni, und es beruft sich für diese Maßregel auf das Beispiel — des „Erbesindes“ der Magyaren, auf Rußland.

Es, also darum wollen die ungarischen Bourgeois nicht einmal ein Drittel zu den Kosten des gemeinsamen Heeres beitragen, damit die Mannschaften des Oesterreich und Ungarn gemeinsamen Heeres ihnen billige Erntearbeiter abgeben und den Pester Tars- und Börsenjobbern fettere Profite verschaffen? Was unterscheidet den kermagyarischen Kisthof Landarbeiter nach vom Sklaven, wenn er in solcher Weise gezwungen werden soll, seine Arbeit unter den schmachvollsten Bedingungen widerstandslos weiter zu leisten? Und wenn zu Liebe? Zu Liebe und zum Vortheil dieser durchaus verächtlichen Gesellschaft der Vorkultur, des Börsenschwindels, des politischen Betruges, die in Pest das Heft in Händen hat; dieser bis zur Verrücktheit verschwenderischen Magnaten, dieser herabgekommene, vom politischen Handel lebenden Junker, dieser Pester Bourgeoisie, deren schmutzige Rohheit und Prohigkeit selbst den eigenen Klaffenangehörigen West- und Mitteleuropas, wo sie mit ihr in Berührung kamen, zum Ekel geworden ist. „Ungarische Freiheit“, das Wort bedeutet in aller Welt nunmehr: blutige Wahlen und ein Parlament von Falschspielern und Besoffenen der Aktiengesellschaften.

Die Zahl der verhafteten Bauern wird jetzt von der „N. Fr. Pr.“ auf 560 beziffert. —

### Frankreich.

— Der „Unsehbare“ angelächelt. Lebte da vor Jahren in Paris ein pornographischer Schriftsteller, der Leo Taxil hieß. Als Spezialität hatte er sich zweierlei erkoren: Er gab sich als Vorkämpfer der Freimaurerei und er beschimpfte und verleumdete die katholische Geistlichkeit, indem er ihr die schmierigsten Sachen nachsagte. Die Freimaurer liebten den Taxil, das Schweinemeister seiner Bücher ward selbst den argsten Pfaffenfressern zum Ekel. Eines Tages war das Geschäft zu Ende. Da sah Taxil, daß sein Tag der Erleuchtung gekommen sei. Er schwur öffentlich seine bisherigen Irrthümer ab, verstoßte seitdem, was er früher angriff, und zog in den Rath, was ehemals sein Höchstes gewesen. Und es ging wirklich. Die gesamte Pöbelheit nahm sich seiner an, zitierte seine Ansprüche und Angaben über die Freimaurerei. Und es war wirklich allüberall viel Freude über die Bekehrung gerade dieses Sünders. Mit der Zeit scheint nun dem Taxil der Brottorb etwas bößer gebogen worden zu sein, oder wollte er mit einem Schlage einen großen Fischzug thun, kurz, vor Jahr und Tag kam er mit der Diana-Baughan-Geschichte, dem Obersten Vitru, der Großmutter des Antichrist und anderen seinen Herrschaften. Und wieder fand er bei vielen Gläubigen, bei Prälaten sogar, und in Rom that sich eine fromme Kommission auf, um den p. t. Bitten auf alle seine Bosheiten hin zu untersuchen. Der Schwindel war im schönsten Gang, da tochen einige deutsche Merikale Zeitungsschreiber Lunte und fuhren gegen Taxil los. Sie müssen selbst auf die bisher Taxil-Gläubigen Eindruck gemacht haben, der Nordschwindler gab seine Partie verloren und gestand öffentlich ein, gesunken zu haben. Ein Pariser Telegramm vom 20. April meldet: „Leo Taxil gestand in seiner gestern Abend gehaltenen Vorlesung, er habe seit 12 Jahren den katholischen Klerus und den Papst mit seiner Bekehrung getäuscht. Ebenso sei die ganze Diana-Baughan-Geschichte eine Komödie gewesen, um Geld damit zu verdienen.“ — Patsch! Da liegt das Oster-Ei! Wünsche wohl zu riechen. —

### Rußland.

— Neue Pflichten der Rektoren. In russischen Universitäten liefern von dem Minister der Volksaufklärung zwei geheime Zirkulare ein. Der Inhalt des ersten Zirkulars ist: der Minister der Volksaufklärung hat bemerkt, daß die jüdischen Studenten, von welchen er häufig Verathsgesuche erhielt, sich sehr verheirateten. Der Minister verlangt von den Rektoren, daß sie derartige Verathen zu verhindern suchen. Wenn die jüdischen Studenten sich nicht früh mit Glaubensgenossinnen verheiratheten, dann würden sie in reiferem Alter mit Christinnen sich verbinden, dadurch würde eine Assimilation zwischen der jüdischen und russischen Bevölkerung eintreten.

Der Inhalt des zweiten Zirkulars lautet: Jüdische Studenten verheiratheten sich oft mit Heiligensinnen, mit Hebammen, überhaupt mit Mädchen, die sich einen Beruf gewählt haben; diese Mädchen sind „unzuverlässig“ und der Minister wünscht, daß, bevor man bei ihm ein Verathsgesuch einreicht, die Rektoren sich über die politische Zuverlässigkeit solcher Bräute erkundigen. —

Für die Naumänner beruft die „Leipziger Volkszeitung“ sich gegen Vieblöcher auf „das führende Blatt der holländischen Sozialdemokratie“, das in Amsterdam erscheinende „Volksdagblad“. Wir können nur ein „führendes Blatt der holländischen Sozialdemokratie“, und dies ist, da das Anarchistenblatt „Recht voor Allen“ nicht zählt, der in Utrecht erscheinende „Sozialdemokrat“. Das angeblich „führende Organ der holländischen Sozialdemokratie“, das Amsterdamer „Volksdagblad“ ist ein bürgerlich-demokratisches Blatt, wie die „Frankfurter Zeitung“, und köstet auch dann und wann mit der Sozialdemokratie — wie die „Frankfurter Zeitung“ — Warum beruft sich die „Leipziger Volkszeitung“ nicht direkt auf die „Frankfurter Zeitung“?

Uebrigens ist auch die englische Bourgeoispreffe des Lobes voll für das Naumänner-Pronunziamentöchen. Die Naumänner haben der Freunde viel — und verstehen sich trefflich auf die Reklame. —

### Parlamentarisches.

Der Abgeordnete Köfike hat im Verein mit mehreren anderen Abgeordneten dem Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vorgelegt. Die wesentlichen Bestimmungen sind im nachfolgenden wiedergegeben. Zum Bezug von Invalidenrente soll derjenige befugt sein, der dauernd erwerbsunfähig ist. Diese Erwerbsunfähigkeit besteht dann, wenn die Erwerbsfähigkeit einer versicherten Person infolge von Alter, Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Dies ist dann anzunehmen, wenn sie nicht mehr im Stande ist, durch eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit, die ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Vorbildung und bisherigen Berufstätigkeit zugemuthet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Lohnarbeiter derselben Art durch Arbeit zu verdienen pflegen. — Invalidenrente soll auch derjenige, nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte erhalten, welcher während sechsundzwanzig Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit. (Im bestehenden Gesetz dauert die Ausschlussfrist 1 Jahr.) Außerdem sollen die versicherungspflichtigen Personen befugt sein, die Beiträge an Stelle der Arbeitgeber selbst zu entrichten. Dem Versicherten, welcher auf Grund dieser Bestimmung die vollen Wochenbeiträge entrichtet hat, steht gegen den nach § 100 zur Entrichtung der Beiträge verpflichteten Arbeitgeber der Anspruch auf Erstattung der Hälfte des Betrages zu, welchen der Arbeitgeber nach der für den Versicherten maßgebenden Lohnklasse zu tragen hat.

Der Entwurf, der, wie man sieht, gegen das bestehende Gesetz und auch gegen den dem Reichstag vorliegenden Regierungsentwurf einige Erleichterungen bringen will, ändert in ganzen zehn Paragraphen und ist unterzeichnet von den Abgeordneten Köfike, Dr. Barth, Benoit, Prinz zu Schönau, Caroth, Frese, Gault, Dr. Böhr, Langerfeld, Lorenzen, Büttich, Maager, Dr. Pachnicke, Rickert, Schröder, Thomßen.

Der ehemalige nationalliberale Abgeordnete Hermann Mollenhagen, der 1891—93 Bochum im Reichstage vertrat, ist in Witten gestorben.

### Partei-Nachrichten.

„Das eiserne Lohngesetz geht in die Brüche!“ — mit diesem Anspruch der „Deutschen Volksk. Korrespondenz“ (der, wie wir aus der „Leipziger Volksztg.“ sehen, die Kunde durch die sächsische Amtsblattpresse macht) dürfte der jüngste Preßspul wohl seinen nicht mehr zu übersteigenden Höhepunkt erreicht haben. Schon 1890/91 trugen wir partiell diese schadhafte Säule des alten Programms ab bis auf den letzten Stein, und heute, 1897, erspähen die Sachsaugen der bürgerlichen Sozialpolitiker, daß diese Säule anfängt zu wanken!

Das Organ der Gewerkschaften Oesterreichs, die „Gewerkschaft“ theilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichsrath einen Gesetzentwurf auf Einführung des Neunstunden-tages einbringen wird.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Aus Angermünde wird und berichtet: Wie hier die Verfolgung gegen Parteigenossen, die sich an der Verbreitung von Flugchriften betheiligen, vor sich geht, zeigt folgender Fall. Die Genossen Krüger aus Berlin und Wacker aus Angermünde waren am 5. Februar vom hiesigen Schöffengericht von der Anklage der gefehlvolligen Verbreitung des „Märkischen Landboten, Volkskalenders für 1897“ freigesprochen worden, weil das Gericht annahm, daß ein ungenauer Bauernhof und ein Hausflur nicht als öffentliche Orte zu betrachten seien. Gegen Wacker, der aus dem betreffenden Hausflur, zu welchem nur eine Wohnung gehört, ein Exemplar abgegeben hatte, wurde vom Amtsanwalt Verurteilung eingeleitet, gegen Krüger aus Berlin aber nicht. Am 15. d. M. verhandelte nun das Landgericht in Prenzlau in dieser Sache; das Urteil lautete auf Verurteilung der Verurteilung. Die Vertheidigung hatte Rechtsanwalt Dr. Jahn in Prenzlau übernommen.

— Die Breslauer „Volksmacht“ hatte zu dem freisprechenden Urteil, das von dem Mannheimer Schwurgericht gegen den des Meineids angeklagten Schulamtspraktikanten Dr. Bodenheimer gefällt worden war, eine Bemerkung gemacht, welche diesen Freispruch mit dem Essener Meineidsprozess in Beziehung zu dieser Anklage erblühten die Geschworenen, welche über Dr. Bodenheimer zu Gericht geseßen hatten, den beleidigenden Vorwurf der Parteilichkeit und es von ihnen stellten Straf-antrag gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Jahn, der deswegen dieser Tage vom Breslauer Landgericht zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt wurde. Dasselbe Gericht verhandelte am gleichen Tage über die Anklage gegen den Verfasser der „Volksmacht“, Genossen Schütz, der sich durch Bezahlung von Geldstrafen für den verantwortlichen Redakteur der „Begünstigung“ schuldig gemacht haben soll. Der Staatsanwalt Dr. Reil beantragte 100 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis, der Vertheidiger Rechtsanwalt Ollendorf unter Berufung auf die Praktik aller Zeitungen die Freisprechung. Das Urteil wird am 24. April verkündet.

### Die Landeskongress der sozialdemokratischen Partei im Großherzogthum Sachsen-Weimar.

die am 1. Osterfeiertag im Restaurant Schwamsee in Weimar abgehalten wurde, war von 24 Delegirten aus 13 Städten besucht, außerdem betheiligten sich eine Anzahl Parteigenossen aus verschiedenen Orten an der Debatte.

Baudert, Apolda eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, worin er ausführte, es sei eine ernste und wichtige Arbeit der sozialdemokratischen Partei, zu ihrem ersten öffentlichen Landtagskampf im Großherzogthum den einzuschlagenden Weg vorzuzeichnen; unbekümmert um Versammlungsverbot und sonstige Vergewaltigungen müsse auch hier die Parole: Vorwärts! Durch Kampf zum Sieg! lauten.

Dem 1. Punkt der Tagesordnung: „Wie agitiren wir zur Landtagswahl?“ wurde beschlossen, in einem Flugblatt die Thätigkeit des verschlossenen Landtages zu kritisieren, und später auf Grund unseres Programms eine ausführliche Begründung unserer Forderungen ebenfalls mittels Flugblattes zu verbreiten. Außerdem soll, wo es angängig ist, in Versammlungen Propaganda für unsere Ziele gemacht werden. — Zur Regelung der Agitation wählt jede Stadt einen Genossen zu einem korrespondirenden Ausschusse, dessen Vertrauensmann der Genosse Baudert in Apolda ist. Bis 15. Mai d. J. hat jeder Parteilort denselben die Adresse des gewählten Ausschussmitgliedes mitzutheilen.

Der zweite Punkt betraf die Aufstellung des Programms zu den Landtagswahlen. Nach einem kurzen Referat Baudert's und ausführlicher sachlicher Diskussion der anwesenden Genossen wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die Partikular-Gesetzgebung und ähnliche Verhältnisse zunächst zu fordern:

1. Gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für Staat und Gemeinde;
2. Revision der Gemeinde-Ordnung; Abschaffung der Bürgerrechts-Gebühren; Abzug der Schuldinsen bei den Gemeinde-Abgaben; Abschaffung der indirekten Steuern (Verbrauchsabgaben); vollständiges Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden;
3. freies Vereins- und Versammlungsrecht;
4. Abschaffung der Gefinde-Ordnung; Gleichstellung der bisher unter der Gefinde-Ordnung stehenden Personen mit den gewerblichen Arbeitern;

5. gründliche Regelung des Steuerwesens, besonders auf Progressivität der höheren Einkommen; Allgemeine Selbststeuerverpflichtung; Steuerfreiheit aller Einkommen unter mindestens 900 M., unter Garantie des Wahlrechts.

6. Weltlichkeit der Schule; Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden; Anstellung von Schullehrern.

7. Abschaffung des Geistes, betreffend die zwangsweise Ablieferung der Leichen an die Anatomie in Jena.

8. Uebernahme der Armenalassen auf den Staat.

9. Anstellung eines eigenen Fabrikinspektors für das Großherzogthum, sowie Anstellung weiblicher Assistenten für denselben.

In den bei den allgemeinen Wahlen in Betracht kommenden 23 Wahlkreisen soll in elf derselben eine besondere Thätigkeit entfaltet werden.

Am Schlusse der Verhandlungen dankte Genosse Leber-Jena als Vorsitzender für die sachliche Theilnahme der Genossen an den Verhandlungen und schloß mit dem Wunsche, daß die heute geleistete Arbeit zum Nutzen des arbeitenden Volkes, zur Verwirklichung unserer Ideen beitragen möge.

### Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs.

Stuttgart, 18. April 1897.

Im großen Saale der Arbeiterhalle hier selbst tagte heute die diesjährige Landesversammlung der württembergischen Parteigenossen. Anwesend waren 186 Delegirte aus 90 Orten.

Die Verhandlungen am Vormittag wurden ausgefüllt von einem Referat des Reichstags-Abgeordneten Genossen Dieg über „Die politische Lage in Deutschland“ und des Landtags-Abgeordneten Genossen Kloss über „Die Thätigkeit des Landtages und die Verfassungsreform“.

Dieg bezeugte die politische Lage Deutschlands als trübe, während er andererseits die günstige wirtschaftliche Lage hervorhob, welche die Arbeiter mit recht veranlaßt habe, auch ihren Antheil an den Ueberflüssen der Produktion zu fordern. Unter kurzen Hinweis auf die Vorgänge in Nordamerika betonte er die Nothwendigkeit des Internationalismus und bestritt einem einzelnen Staate das Recht, seine besonders günstigen Verhältnisse dazu auszunutzen, durch Abwehrungsmaßregeln andere Staaten zu schädigen. Dann schilderte Redner in interessanter Weise die „große nationale Bewegung“ Deutschlands, dabei ergründend, daß es Aufgabe der Arbeiterklasse ist, wenn sie eine ernsthafte Berücksichtigung ihrer Interessen erzwingen will, ihre ganze Macht in die Wagschale zu werfen, um einen anderen Reichstag zu wählen, damit die Regierung den Wünschen des arbeitenden Volkes Rechnung tragen muß.

Kloss wies auf die Bedeutung unserer Thätigkeit in der Landesversammlung hin. Es sei unrichtig, die Bedeutung des Landtags gegenüber dem Reichstag zu unterschätzen. Die Landtage seien kein dekoratives Beiwerk der Reichsvolkvertretung, sondern sie sollten und müßten die Hauptstützen derselben sein. Alsdann referirte Redner in 1 1/2 stündiger Rede über die Verhandlungen im württembergischen Landtag, wo er nach dem Tode des Genossen Glaser leider nur allein und deswegen nur in unzureichendem Maße die Prinzipien der Sozialdemokratie vertreten konnte. Ueber die Verfassungsrevision sei ein Urtheil heute noch nicht möglich, da bisher nur bekannt sei, daß die 21 Privilegirten aus der zweiten Kammer heraus und durch besondere Wahlen ergänzt werden sollen, aber ob die Art dieser Wahlen unsere Zustimmung finden können, darüber müßten zunächst die endgültigen Verhandlungen abgewartet werden. Dann werde es sich für ihn darum handeln eventuell von zweien das kleinere Uebel zu wählen, wobei er natürlich unter allen Umständen die Prinzipien und das Interesse der Partei im Auge behalten werde.

Nach diesen mit Beifall ausgenommenen Referaten, an welche eine Debatte nicht anknüpfte, wurde eine einstündige Mittagspause gemacht, worauf der Landesvorstand den Thätigkeits- und Kassendbericht gab. In dem Thätigkeitsbericht wurde das Bestreben der Partei hervorgehoben, die Organisation zu stärken ihr Athem immer dichter und weitgreifender zu machen. Die Agitation ist mit vermehrtem Eifer betrieben worden. Von der periodischen Beilage der „Schwäb. Tagwacht“, die als Agitationschrift unter dem Titel „Der Volksfreund“ erscheint, kamen 280 000 Exemplare zur Vertheilung im Lande. Die Zahl der durch den Landesvorstand vermittelten Versammlungen belief sich im Berichtsjahre auf circa 400. Weiter gaben die Landtags-Ergebnisse in Cannstatt, Gmünd und Saulgau und die Reichstags-Nachwahl in Kalen Gelegenheit zu reger Thätigkeit. Das Landtagsmandat für Cannstatt, das durch den Tod unseres Genossen Glaser erledigt war, ging uns insofern des Verlustes der „Volkspartei“ leider wieder verloren. Bei der Agitation für diese Wahlen wurden zusammen gegen 75 000 Wahlkreuze verbreitet. Die Landesorganisation hat jetzt in 132 Orten Mitgliedschaften. In 19 Orten sind im letzten Jahre Mitgliedschaften gegründet.

Die Einnahme an Beiträgen belief sich auf 4125 M., die Mainarthen-Sammlung ergab 1899 M., für den Wahlfonds gingen 882 M. ein, ferner für die Wahlen in Cannstatt und Gmünd noch 1083 M. Für das in Stuttgart errichtete Arbeitersekretariat bewilligte der Landesvorstand einen jährlichen Beitrag von 500 M., an den Ausschuß der Partei in Hamburg wurden 700 M. abgeführt. Die Gesamteinnahme des Landesvorstandes betrug 9148 M., die Ausgabe 6292 M., der Kassenbestand 2910 M.

Das Organ der Partei, die „Schwäb. Tagwacht“, die jetzt im siebenten Jahre täglich erscheint, verzeichnete wiederum eine Vermehrung ihrer Auflage, die jetzt 12 000 beträgt, wovon circa 5000 Exemplare in Stuttgart gelesen werden. Der gesammte Kassensatz des Blattes belief sich auf 125 885 M. 125 M. von dem Ueberflusse wurden als Jahresbeitrag an das Arbeitersekretariat geleistet. Vom „Tagwacht-Kalender“ wurden 12 228 Exemplare umgelegt, er deckte aber seine Kosten nicht ganz.

Nach kurzer, unwesentlicher Debatte über die Berichte wurde die Neuwahl des Landesvorstandes vorgenommen, die folgenden Resultat hatte: Dietrich, Vorsitzender; Belli, Kassirer; Fischer, Schriftführer; Wasner und Merk, Beisitzer; Gohl, Degerloch, Fischer, Ehlingen und Cyppe, Feuerbach, Revisoren.

Darauf wurde zur Besprechung einer Reihe Anträge übergegangen. Erwähnt sei daraus, daß der Wunsch, den Abonnementspreis der „Tagwacht“, der jetzt 80 Pf. pro Monat beträgt, herabzusetzen, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde und daß das württembergische Parteistatut einen neuen Paragraphen erhielt, worin die „Tagwacht“ als Organ der sozialdemokratischen Partei Württembergs anerkannt und weiter bestimmt wird, daß der Landesvorstand die Aufsicht über das Blatt zu führen und alle geschäftlichen Angelegenheiten desselben zu regeln hat.

In Beziehung auf das Verhalten bei Stichwahlen wurde folgendes beschlossen: Bei etwaigen Landtags- oder Reichstags-Stichwahlen zwischen Volkspartei und der sogenannten Deutschen Partei möge der Landesvorstand den Genossen empfehlen, dem Kandidaten ihre Stimme zu geben, der sich schriftlich und öffentlich verpflichtet, für die an ihn gestellten Forderungen der Arbeiterschaft einzutreten. Zwei Anträge, die bei derartigen Stichwahlen strikte Wahlenthaltung verlangten, wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil die Partei sich in dieser Frage nicht binden könne, sondern sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten müsse.

Ein weiterer Antrag wollte den Landesvorstand beauftragen wissen, für die Beschaffung des deutschen Parteitage in Württemberg nach der Mitgliederzahl der Mitgliedschaften in Wahlbezirke einzutheilen, so daß auf je 1500 Mitglieder ein Delegirter kommen sollte. Zur Deckung der Kosten sollten pro Mitglied 10 Pf. erhoben werden. Nachdem jedoch darauf hingewiesen war, daß mit Rücksicht auf die norddeutschen vereinsgesellschaftlichen Verhältnisse auch

in Württemberg die Wahl der Parteitage-Delegirten zukünftig außerhalb der Partei-Organisation in öffentlichen Versammlungen erfolgen müsse, ging man über diesen Antrag gleichfalls zur Tagesordnung über.

Ohne weitere Unterbrechung wurden alsdann noch eine Anzahl untergeordneter Anträge und Beschwerden verhandelt, sodas, als abends 8 1/2 Uhr die Tagesordnung erledigt war, der Vorsitzende Genosse Bloß mit Recht die Ausdauer der Delegirten rühmend und die Einmüthigkeit der Genossen, die sich trotz mancher Meinungsverschiedenheit in den Verhandlungen gezeigt hatte, hervorhob. Mit der Betonung, daß unsere Partei ganz gewiß nicht „Lebensmüde“ sei, wie Pörrer in Stuttgart orakelt hat, sondern alle anderen Parteien an Lebenskraft weit übertrifft, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches die Delegirten sowie die vielen anwesenden Gäste mit Begeisterung einstimmten.

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratie Wabens — ebenfalls zu Ostern und zwar in Offenburg abgehalten — beschloß auf Antrag Kloss' aus Karlsruhe, daß der Landesvorstand in Verbindung mit dem Genossen Adolf Ged die Frage der Ueberführung des Offenburger „Volksfreunds“ in Parteieigenthum baldigt zu erörtern und in Verbindung mit den einzelnen Wahlkreisen und dem Parteivorstand, sowie den Parteigenossen Elsaß-Lothringens und der Rheinpfalz die Frage zu erwägen hat, ob nicht ein einheitliches Organ geschaffen werden kann. Bei etwaiger Einigung soll der Landesvorstand eine Landeskonferenz einberufen.

Der Jahreskongreß der sozialdemokratischen Partei Belgiens wurde während der Ostertage in Gent abgehalten. Dem Bericht des Generalraths (der Parteileitung) ist zu entnehmen, daß die Partei seit der Wahl im Jahre 1894 bis 1896 um 100 000 Stimmen gewachsen ist. Im letzten Jahre haben sich über 100 neue Gruppen (gewerkschaftliche, politische und kooperative) der Partei angeschlossen. An den Kommunalwahlen, sowie den Wahlen zu den Gewerbegerichten und zu den Industrie-Gewerbestämmern habe sich die Sozialdemokratie zum Theil mit großem Erfolge betheiltigt, überall aber sei zum mindesten ein großer Stimmenzuwachs zu verzeichnen gewesen. Im Berichtsjahre sind 17 Provinzial- und Gewerkschaftskongresse abgehalten worden. — Außer 185 000 Exemplaren kleiner Broschüren und 85 000 Exemplaren Festzeitungen wurden gegen 2 Millionen Flugblätter verbreitet.

Nach der Geschäftsordnung sind die weiteren Arbeiten des Kongresses unter 4 Sektionen vertheilt, welche zunächst die Fragen für das Plenum vorberathen. Diese Sektionen sind: die Sektion für die Gewerkschaftsfragen, die für die Politik, die für die Administration und die für die Agrarfrage.

### Kongreß des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands.

Gera, 20. April 1897.

Dem für morgen und die folgenden Tage anberaumten allgemeinen Kongreß der Verbände der Bäcker, Konditoren, Müller u. s. w. ging heute im Kongreßlokal, Gasthaus zum Martinsgrund, die sechste Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands voraus. Vertreten sind 1251 Mitglieder durch 24 Delegirte. Dem vom Vorsitzenden Wilmann-Damburg erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband seit dem letzten Kongreß im Jahre 1895 erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Mitgliedschaften bezüglich Zahlstellen ist von 16 auf 42, die der Mitglieder von 718 auf 2400 gestiegen. Erschwert wurde die Agitation besonders durch Nachwirkungen der Jununngen. Das Solidaritätsgefühl der organisierten Wäckergehilfen hat sich glänzend bewährt gelegentlich der Ansperrungen in Hamburg und Wilhelmshaven. In kürzester Frist waren mehr Mittel aufgebracht, als gebraucht wurden, wovon 1300 M. zur Deckung der durch die Innungsmeister herausbeschworbenen Rechtsstreitigkeiten Verwendung finden konnten. Der Versuch, durch diese Maßregel die Organisation zu vernichten, ist vollständig mißlungen. In der Diskussion führt Josef-Frankfurt a. M. Beschwerde über das Verhalten der Arbeiterchaft zu Offenbach gelegentlich des Voplots der dortigen Wäckermeister, wodurch veranlaßt wurde, daß der Boykott im Sande verlaufen ist. Die Zahlstelle habe sich demzufolge aufgelöst. Im übrigen aber wird der Thätigkeit des Verbandesvorstandes allgemeine Anerkennung gezollt. Der Bericht des Ausschusses konstatiert, daß Beschwerden gegen die Verbandsleitung nicht eingegangen sind.

### Fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Brannschweig, 20. April.

Anwesend sind 74 Delegirte, die Vortrandsmitglieder des Verbandes, sowie die Kollegen Käther, Lissin und Behold als Vertreter des Berliner Verbandes. Von der Generalkommission ist Seggie erschienen. Dem Bericht des Vorstandes, der sich auf die letzten zwei Jahre erstreckt, ist zu entnehmen: Am 31. Dezember 1894 zählte der Verband 337 Verwaltungen mit 26 778 eingeschriebenen Mitgliedern, wozu 40 Bevollmächtigte im Königreich Sachsen mit 2002 und 603 Einzelmitgliedern der Hauptkasse kommen. 1895 stülte sich diese Zahl wie folgt: 351 Verwaltungen mit 27 270, 50 sächsische Bevollmächtigte mit 5513 Mitgliedern und 405 Mitglieder als Einzelgehör des Verbandes. Ende 1896 waren in 388 Verwaltungen 40 971, bei 44 Bevollmächtigten in Sachsen 8028 und als Einzelgehör des Verbandes 300, also zusammen 49 001 eingeschriebene Mitglieder. Im verfloßenen Quartal hat sich diese Zahl bedeutend erhöht.

Die Erhöhung der Wochenbeiträge von 15 auf 20 Pf., die auf der letzten Generalversammlung in Magdeburg beschlossen wurde, hat dem Verband einen augenblicklichen Mitgliedererfolg gebracht, der sich aber bald, wie obige Zusammenstellung beweist, zum besten wendete.

Es wird im Geschäftsbericht besonders beklagt, daß das Bestreben nach Bildung von Fachsektionen sehr schädigend gewirkt hat. Dann wird der Sonderbestrebungen der Freilöhner in Chemnitz, Braunschweig und Hannover gedacht, die sich vom Industrie-Gruppenverband aus „Prinzip“ abzwiegen. In Bezug auf die Agitation wird betont, daß diese vom Vorstand aus außerordentlich rege betrieben wurde. Zur Regelung und einheitlichen Gestaltung der Agitation bestehen im Reich 11 Agitationskomitees, im Königreich Sachsen sind 3 Agitationskorrespondenten in Chemnitz, Leipzig und Dresden.

Die bessere wirtschaftliche Konjunktur hat dazu geführt, daß neben den höheren Einnahmen die Ausgaben für Reiseunterstützung zc. geringer waren, als sonst. Im Jahre 1895 wurden für Reisegehalt 49 092,22 M., 1896 aber 23 478,90 M. verausgabt. Unterstügungen an gemahregelte Mitglieder, inhaftirte, franke zc. sind in Summa 3870 M. gezahlt worden.

In der verfloßenen Geschäftsperiode sind im Ganzen 80 Rechtschuttsuche bewilligt worden, davon betrafen 82 Strafsachen und 28 Privatklagen. Die Gesamtsumme der verhängten Strafen (wegen der Verbandsstättigkeit) betrug 8 Monate, 12 Wochen, 26 Tage und 70 M. an Geldstrafen. Außerdem sind für den Genossen Arno Reichard in Dresden 10 000 M. Kaution gestellt worden, damit er aus der Haft entlassen würde. Er war durch seine Thätigkeit für den Verband in den Verdacht gekommen, 2 Artikel in der „Sächs. Arbeiterzeitung“ verfaßt zu haben, wodurch sich das sächsische Kriegsministerium beleidigt fühlte.

Ueber Streiks und Lohnbewegungen spricht sich der Bericht in sehr interessanten Ausführungen aus. Für die Streiks sind in der Zeit 1895—1896 130 008 07 M. ausgegeben worden. Außerdem wurden noch für Streiks anderer Arbeiterkategorien 8900 M. ausgegeben. Die Abrechnung der Gesamteinnahmen für 1895/96 ergibt als Einnahme 812 700,71 M. Der gegenwärtige Kassenbestand beträgt 63 662,87 M.

### General-Versammlung des Verbandes der Sattler, Tapezire und Berufsgenossen Deutschlands.

Erfurt, den 19. April.

Vertreten sind 18 Bezirke durch 21 Delegirte. Den Vorstandsbericht gibt Sassenbach-Berlin über die Jahre 1894, 1895 und 1896. Der Vermögensbestand betrug ultimo 1896 7469 M. Vereinnahmt wurden in der Berichtsperiode insgesamt 29 476,47 M., die gesammten Ausgaben betragen 24 088,40 M., sodas insgesamt ein Ueberflusse von 5388,07 M. erzielt wurde. Unter den Ausgaben befinden sich 7209 M. für das Verbandsorgan, das sich 24 Pf. der Mitgliederbeiträge, 915,70 M. für Generalversammlungen und Kongresse, 678 M. für Agitation, 364 M. für Streiks, 295 M. für Gerichtskosten, 312 M. als Beitrag für die Generalkommission. Der Mitgliederbestand ist seit 1894 von 1806 auf 2458 gestiegen. Mit der Absicht, weibliche Mitglieder für die Organisation zu gewinnen, hat man wenig Erfolg gehabt. Der Verband hat 28 weibliche Mitglieder, welche in den letzten sechs Jahren insgesamt 26 Mark aufbrachten. Zum Bericht über „Ausgabeposten“ sei noch erwähnt, daß aus dem besonders geführten Streikunterstützungsfonds 19 271,50 Mark für Lohnkämpfe im Sattlergewerbe in Deutschland verbraucht wurden, für das Ausland wurden 403,92 M., für Streiks in anderen deutschen Gewerkschaften 700 M. verausgabt. Der Vorstandsbericht wird nach längerer, zum großen Theil auf das Fachblatt bezug habende Debatte genehmigt.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung „Lohnbewegung in den letzten Jahren“. Der Referent Blum-Berlin theilt mit, daß die Zahl der Angriffe- und Abwehrstreiks in der Berichtsperiode gegenüber den Vorjahren erheblich gestiegen ist. Da die vorhandenen Geldmittel zur Unterstützung nicht ausreichten, so mußte noch 1 Prozent der Verbandskasse für die Ausständigen verwendet werden. Referent meint, man solle es mit den Streiks nicht allzu eilig haben. Die in den Ausstand tretenden Kollegen müßten in der Lage sein, mindestens eine Woche im Ausstande ohne Unterstützung auszuhalten. Zentralvorstand und Ausschuß halten es für geboten, den Antrag zu stellen, daß die direkte Leitung des Streiks Kollegen überlassen wird, welche an dem Ausstande selbst betheiltigt sind. Sassenbach-Berlin belämpft den letzteren Antrag, empfiehlt dagegen einen Streik erst dann für berechtigt zu erklären, wenn sich 1/3 der Betheiltigten durch geheime Abstimmung für den Ausstand erklären. Sassenbach-Hamburg warnt davor, in bezug auf Streikleitung sich eine bestimmte Direktive zu geben, man müsse dies von den einzelnen örtlichen Verhältnissen abhängig machen. Es sei schon mancher Streik nur verloren gegangen, weil es an einer wichtigen Leitung gefehlt hat. Die Anträge Blum und Sassenbach werden angenommen.

Dannede-Mühlhausen beantragt im Namen der Siebener-Kommission, den Kollegen Pörrch-Berlin aus dem Verbande auszuschließen, weil er sich Unregelmäßigkeiten bei einer Streikabrechnung habe zu schulden kommen lassen. Ueber diese Angelegenheit erntet sich eine lebhafteste Debatte, es wird schließlich ein Antrag auf namentliche Abstimmung angenommen. Derselbe ergibt mit 16 gegen 9 Stimmen die Ablehnung des Antrages auf Ausschluß. Die Generalversammlung beschließt hierauf, mit 12 gegen 11 Stimmen, den Kollegen Pörrch vorläufig für unfähig zu erklären, ein Vertrauensamt im Verbande zu übernehmen. Nachdem die Generalversammlung noch die Diätenfrage geregelt, indem sie den Delegirten pro Feiertag 6 M. und 8 M. für den Arbeitstag bewilligt, wird die Sitzung abends 11 Uhr vertagt.

Zwölfte Generalversammlung des Verbandes der Zimmerleute und verwandten Berufsgenossen Deutschlands zu Halberstadt. Der Verbandsvorsitzende Schrader-Hamburg eröffnet am 20. April, morgens 1/2 Uhr, die Generalversammlung mit einer Ansprache, worin er besonders das Wachstum der Delegirtenzahl gegen früher betont und seiner Freude über die lebhaft zunehmende Theilnahme Süddeutschlands, besonders Bayerns, Ausdruck giebt. In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Fleischmann, Höch, Stelmacher und Schilling. Anwesend sind 86 Delegirte. Ein Kreis (Braunschweig) sendet für den verhinderten Delegirten einen Vertreter, zwei Kreise (Duisburg und Vegesack) fehlen entschuldigt, ein Kreis (Straßburg) fehlt noch. Den Hauptvorstand vertreten Schrader, Brinkmann und Römer, den Ausschuß Stehr. Die Generalkommission hat ihr Mitglied Brinkmann mit ihrer Vertretung beauftragt. Das Braunschweiger Vertretermandat wird zurückgewiesen und als der nächstberechtigte ein Vertreter aus Quedlinburg berufen. (Fortsetzung folgt.)

### Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Korbmachergehilfen werden dringend ersucht, den Zugang nach Berlin zu meiden. Die Aufträge, welche die königliche Geschloßgießerei zu Spandau vor einigen Wochen hiesigen Korbmacherei-Betrieben ertheilt hatte (Lieferung von Geschloß-Transportkörben), veranlaßte die Meister, in den Zeitungen Arbeitskräfte zu suchen. Aber nicht, daß zur Bewältigung der Aufträge die hier vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausgereicht hätten, sondern, um jeden etwaigen Versuch der Gehilfen, Lohnforderungen zu stellen, von vornherein unmöglich zu machen, sollten neue Arbeitskräfte herangezogen werden. Nun die oben bezeichneten Lieferungen abgeschlossen sind, ist das Angebot von Arbeitskräften noch größer geworden und noch hört der Zugang nicht auf. Schon drohen viele Unternehmer, Lohnabhüge vornehmen zu wollen. Pflicht der Kollegen in der Provinz ist es daher, Berlin zu meiden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Verband der in der Korbmacherei beschäftigten Arbeiter Berlins.

Deutsches Reich.

Die Kassenverwaltung und die Revisoren des Hamburger Hafnarbeiter-Streiks veröffentlichen die Abrechnung über den Streik. Demnach sind insgesamt ein- und ausgegangen 1 619 600,82 M. Darunter befinden sich unter Einnahme 262 611 M. ausgenommenen Darlehen, und unter Ausgaben 75 400 M. zurückerhaltene Darlehen. Die Schuldenlast beträgt demnach 187 211 M. Von den eingegangenen Geldern haben u. a. aufgebracht die Orte: Wachen 1082.—, M. Altenburg 1156,10, Augsburg 1805,62, Berlin 166 525,38, Bochum 2240,75, Bremen 12 064,30, Bremerhaven 6150.—, Braundenburg 2920.—, Bant 3895,50, Viefelfeld 5480.—, Breslau 5929.—, Chemnitz 6778,90, Rassel 2888,65, Dortmund 8705,05, Dresden 24 078,71, Düsseldorf 4751,84, Eberfeld 12 689,87, Essen 2316,27, Elmshorn 1490.—, Ehlingen 1010.—, Erfurt 1300.—, Flensburg 4160,60, Forth 1432,85, Frankfurt a./M. 18 406 12, Gera 2312,25, Geseesmünde 1400.—, Gdrlitz 1178.—, Gotha 1057,06, Greiz 1085,08, Halberstadt 1513,71, Hannover 16 099,57, Hasebt und Hemelingen 1086,05, Halle a. S. 5065.—, Kiel 11 108,25, Ländscheld 1126,60, Leipzig 52 552,74, Neumünster 5200.—, Nürnberg 18 820,51, Offenbach 1134,69, Ronsdorf 1897,32, Rloftod 8996,35, Stuttgart 16 343,09, Stettin 4682,10, Solingen 5041,16, Wlster 1805,32, Zwickau 1212,65. 2 oldenburgischer und 2 hannoverscher Wahlkreis 2000.—, Von den Zentralverbänden gingen ein: Bauarbeiter 300.—, Brauer 300.—, Buchbinder 500.—, Böttcher 200.—, Zigarrenfortirer 5000.—, Glasarbeiter 900.—, Hafnarbeiter 7500.—, Lagerhalter 100.—, Maurer 4000.—, Metallarbeiter 6000.—, Moler 7000.—, Porzellanarbeiter 180.—, Sattler und Tapezire 100.—, Stuckateure und Gipser 200.—, Steinarbeiter 1400.—, Schneider 1500.—, Schiffszimmerer 300.—, Tabakarbeiter 5500.—, Bergarbeiter 800.—, Zimmerer 8000.—, Former 500.—, Holzarbeiter 3963,66 inkl. der in der Holzarbeiter-Zeitung“ quittirten 2963,66 M., Land-, Fabrik- und Hilfsarbeiter 1000.—, Der Papier- und Lederwaaren-Industrie 500.—.

Das Hamburger Kartell zählte 158 283,44 M.; die drei Hamburger Wahlkreise 171 227,61 M.; Witten-Ottensen 62 500 M.; Wandsbek 11 500 M.; Wilhelmshurg 8217,27 M.; Harburg 1000 M.

Von den Hasenarbeitern wurden im Streikgebiet auf Listen gesammelt 90 285,77 M.; von Privatleuten auf Listen 22 290,71 M.; ferner wurden von Privatleuten, Klubs, Vereinen z. aufgebracht 95 244,48 M.

Das Ausland beteiligte sich mit 69 529,72 M., darunter England mit 55 254,53 M.

Der Verband deutscher Post- und Telegraphen-Affilierten vereinbarte laut Geschäftsbericht im abgelaufenen Berichtsjahre 635 865,01 M. gegen 558 864,58 M. im Vorjahre, und veranschlagte 634 211,68 M. gegen 559 137,57 M. im Vorjahre. Von den Einnahmen kommen auf den Verband 51 367,15 M. gegen 40 944,30 M. im Vorjahre, und auf das Baarenhaus 584 497,56 M. gegen 517 920,28 M. im Vorjahre. Der Umsatz des Verbandes-Baarenhauses ist von 360 770,95 M. auf 411 906,58 M. gestiegen. Die Baarenhausschulden haben sich von 268 190,30 M. auf 154 111,51 M. ermäßigt. Der Brutto des Baarenhauses betrug 249 070,78 M. gegen 198 541,18 M. im Vorjahre. Das Gesamtvermögen belief sich am Schlusse des Berichtsjahres auf 119 580,88 M. Seit Gründung des Verbandes (6. Juni 1890) sind 1 555 699 M. vereinnahmt und 1 551 374 M. verausgabt worden. Der Umsatz des Baarenhauses betrug seit Gründung desselben (17. Juli 1891) 1 330 864,67 M.

In Kiel stehen bedenklich die Tischler im Streik, u. a. weil die Meister nicht 38 Pf. Mindestlohn bewilligen wollten. In nord- und mitteldeutschen Zeitungen werden nun von Seiten der Unternehmer Tischler für Kiel gesucht, die 4 M. Lohn täglich und freie Hin- und Rückfahrt erhalten sollen, falls sie sich auf 4 Wochen verpflichten. Die Ausschändigen bitten deshalb die Fachgenossen dringend, diesen Arbeitsangeboten keine Folge zu geben, sondern den Bezug nach Kiel zu meiden. Die Arbeiterpresse wird gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

Den Tischlern in Hagen i. W. wurde eine neue Arbeitsordnung vorgelegt, worin es u. a. heißt: „Sollte bei Inkrafttreten dieser Arbeitsordnung ein Arbeiter mit derselben nicht einverstanden sein, so steht ihm eine sofortige vierzehntägige Kündigung frei.“ Da nun keiner mit der neuen Arbeitsordnung einverstanden war, so kamen die Gehilfen überein, folgende Gegenforderungen zu stellen und bei Ablehnung derselben die Kündigung einzureichen: 1. Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit. 2. Einführung eines täglichen Minimallohnes von 3,50 M. 3. 20 pCt. Zuschlag auf Ueberstunden. 4. Bezahlung der Ueberstunden bei Akkordarbeit. 5. Abstellung verschiedener Mißstände. 6. Gemeinschaftliche Ausarbeitung eines Akkordtarifs. 7. Milderung oder Abschaffung der Arbeitsordnung.

Die Töpfer Breslaus streikten in drei Geschäften, um an stelle der willkürlichen Bezahlung den von ihnen für ganz Breslau aufgestellten einheitlichen Lohnsatz einzuführen. Sie hatten die ernste Absicht, sich mit den Unternehmern darüber zu verständigen, also einen gemeinsamen, vereinbarten Tarif zu schaffen, aber die Unternehmer wollten über die Arbeitsverhältnisse selbstherrlich bestimmen. Es kam infolge dessen zum partiellen Streik. Darauf traten die Töpfermeister Breslaus zusammen und beschloßen, sämtliche noch arbeitende Töpfer anzusperren, wenn die Arbeit in den erwähnten drei Geschäften nicht wieder aufgenommen würde; zweitens beschloßen sie, sofort einen Tarif auszuarbeiten und diesen den Gehilfen zu oktroyieren. Da der Tarif um 10 bis 20 pCt. niedriger ist, als der Gehilfentarif, gingen die Töpfergesellen nicht auf das Ansuchen der Meister ein und sind nun infolge dessen circa 200 Mann an der Zahl ausgesperrt worden. Der Vorstand der Zentralorganisation hat die Unterstüßung der Aussperrten beschlossen und ersucht die Fachgenossen, alles zu thun, was in ihren Kräften steht, um den Breslauern zum Siege zu verhelfen. Wo Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, wolle man sofort davon Mitteilung machen an Herrn Neuburger in Breslau, Uferstraße 23a. Gelder sind an den Zentralvorstand zu senden.

Aus Halle a. S. ging uns folgender Aufruf zu: Seit 15. April stehen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Schuhfabrik von Gebr. Haase, (nicht Halle, wie infolge unglücklicher telephonischer Mitteilung im „Vorwärts“ berichtet war) im Streik. Die Ausschändigen, an Zahl circa 200, fordern Befreiung der Hausindustrie. Die Verhandlungen darüber dauerten schon seit August v. J. Es wurde uns feierlich bestimmt versprochen, daß die Hausindustrie bis 15. April d. J. abgeschlossen werden solle. Als wir jetzt vorstellig wurden, erklärten aber die Herren Gebr. Haase, sie würden die Hausindustrie überhaupt nicht abschaffen. Wir verlangten nun, daß wenigstens ein Mann für 35 Zwicker, die außer dem Hause arbeiten mußten, gemietet würde; auch das Lehnten die Unternehmer ab. So legten wir denn die Arbeit nieder. Wir appellieren nun an das Solidaritätsgefühl sämtlicher Fachgenossen. Die Streikkommission. Alle Sendungen sind zu richten an Herrn u. Schaaß in Halle a. S., Karlstr. 14. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der Steinmetzenstreik in Niesitz ist durch Uebereinkunft mit den Unternehmern beigelegt. Er hat neun Wochen gedauert. Erreicht wurde eine Lohnaufbesserung von 8 pCt.

Der Ausstand der Holzarbeiter in Geringswalde dauert fort. Die Zahl der Streikenden nimmt täglich ab, da die Ausschändigen zum Theil anderwärts in Arbeit treten. Trotzdem bis jetzt schon drei Wochen seit der Arbeitsniederlegung verstrichen sind, verweigern die Unternehmer auch heute noch die Herausgabe der Werkzeuge und Papiere der Arbeiter. Die Bevöllerung der Stadt und der Nachbarorte läßt den Streikenden moralische und finanzielle Unterstützung angeheihen. Streikbrecher haben sich bisher nur 15 gefunden. Zugang von auswärtig ist gänzlich zu vermeiden und wolle man denselben auch ferner vermeiden.

Aus der Schweiz. In Bern streikten seit einer Woche ca. 450 Maler und Gipsler wegen Nichtbewilligung der Forderungen: Sonnabend 1/2 Stunde früher Feierabend und Erhöhung der Stundenlöhne von 40-45 auf 50-55 Cent. — In Osteraueudingen bei Bern haben 200 Steinbrucharbeiter einen mehrtägigen Streik zur Verbesserung der Lohnverhältnisse gewonnen, desgleichen die Schuhmacher in Montreux. — Der Streik der Lithographen in Aarau dauert fort, die Unterhandlungen von Vertretern des Gewerkschaftsbundes blieben erfolglos. — In Genf sind die Schlosser in eine Lohnbewegung eingetreten mit folgenden Forderungen: Zehnjährige Arbeitszeit, 10 pCt. Lohnerbhöhung, Minimallohn von 48 Cts. für Schlosser und 38 Cts. für Handlanger, 25 pCt. Zuschlag für Ueberzeitarbeit, Abschaffung der Akkordarbeit, Freigabe des 1. Mai z. — In Chur und Burgdorf bereiten die Klempner Lohnbewegungen vor. Die Schuhfabrik von Brunnlin in Frauenfeld hat aus eigener Initiative den Zehnjährigen Tag eingeleitet mit Feierabend um 4 1/2 Uhr an den Sonnabenden.

Aus Dänemark. In Vejle in Jütland haben die Maurer- und Zimmergesellen die Arbeit niedergelegt, weil die Meister nicht 2 Dore mehr Stundenlohn bezahlen wollen, wie sie es zum 1. April versprochen hatten. Es sind demnach 200 Mann arbeitslos. Auch die Arbeiter legten am Donnerstag die Arbeit nieder, weil die Meister die Gehilfen keinen Antwort würdigten auf ein im Januar eingefandenes neues Lohnregulativ, worin eine Lohnerbhöhung von 3 Dore pro Stunde verlangt wurde. Die Meister lehnten überhaupt jede Verhandlung mit den Gehilfen ab. Auch die Müllergesellen im Orte streikten, weil die Meister begannen, die Fachvereinsmitglieder zu entlassen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Esbjerg, wo zwischen Meistern und Gehilfen im Maurer-, Schmiede- und Tischlerfach Konflikte bestehen.

Gegen einen aufgezungenen Feiertag wird unter den englischen Arbeitern Protest erhoben. Die Königin von England, die in diesem Jahre das Jubiläum ihrer sechzigjährigen Regierung feiert, hat einen allgemeinen Feiertag (22. Juni) angeordnet, einen sogenannten „Bank-Holiday“. Aus einer Anzahl Gewerkschaften heraus sind schon Stimmen laut geworden, die sich gegen die Feiertagsangelegenheit und das Exekutivkomitee der Trades-Unions aussprechen, eine allgemeine Protestbewegung zu organisieren. Der Protest zielt darin, daß die „Bages-Slaves“ (Zohnslaven) an diesem Jubiläum kein Interesse hätten und nicht gewillt seien, durch einen aufgezungenen Feiertag einen Tagelohn einzubüßen und daß im übrigen das Proletariat sich seine Feiertage selbst wähle.

Den Signalwärttern und Weichenstellern der englischen „Great Western Eisenbahn“ ist auf Antrag die Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und eine Erhöhung der Löhne um 1 und 2 Schilling die Woche von der Direktion bewilligt worden.

Aus Birmingham in England berichtet die Londoner „N. A.“: Der Reforder (Strafrichter) hat vier Mitglieder des Gewerksvereins, welche während eines Ausstandes Nichtgewerksvereiner an der Arbeit zu hindern suchten, mit Gefängnis bestraft. Bisher haben die englischen Richter nur Geldbußen verfügt. Der Reforder bemerkte beim Erlass des Urtheils, daß eine Geldstrafe wenig Sinn hätte, da der Gewerksverein sie zahle.

## Soziales.

Grubenexplosionen und kein Ende! Aus Saarbrücken berichtet der Telegraph: Auf der Grube Götteleben wurden durch Explosion Schlagender Wetter drei Bergleute getödtet, zwei leicht und einer schwer verletzt.

Schnellen für Straßenarbeiter läßt der Magistrat in Breslau errichten; zwanzig sind geplant, eine ist fertig. In dieser können 36 Personen gleichzeitig ihr Essen einnehmen, sie ist um die Mittagszeit immer voll besetzt.

## Gerihts-Beitrag.

Ausweisung und Zwangspass. Eine wichtige Frage beschäftigt diese Tage das Kammergericht. Es handelte sich darum, ob im preussischen Staatsgebiete solche Personen, die aus einem Ort ausgewiesen werden können, mit einem sogenannten Zwangspasse nach dem Orte vertrieben werden dürfen, wo sie ihren letzten Aufenthalt hatten. Die Behörde in Gleiwich hatte die Angeklagte, die sich dort ohne Mittel und ohne die Möglichkeit, sich selbst zu ernähren, aufhielt, mit einem dazugehörigen Zwangspasse versehen, indem sie sich auf eine Regierungs-Polizeiverordnung aus dem Jahre 1850 stützte. Auf Grund derselben Verordnung erfolgte die Anklage, als die Frau den Vorschriften der Polizei nicht nachkam. Sie wurde vom Schöffengericht zu mehreren Tagen Haft verurtheilt und das Landgericht wies die Berufung der Staatsanwaltschaft zurück, die zu Gunsten der Angeklagten eingelegt worden war. Nunmehr ergriff der Staatsanwalt das Rechtsmittel der Revision. Der Oberstaatsanwalt erklärte die Revision für begründet und führte aus: Die kaiserliche Regierungs-Polizeiverordnung könne dem Freizügigkeitsgesetz gegenüber nicht mehr aufrecht erhalten werden. Nach diesem Gesetz könne allerdings jemand aus einem Orte, wo er das Heimathrecht (Unterstützungswohnsitz) noch nicht erlangt habe, dann ausgewiesen werden, wenn seine öffentliche Unterstützung notwendig wird. Indessen gewährte das Freizügigkeitsgesetz ihm das Recht, sich irgendwo außerhalb des Ortes, aus dem er ausgewiesen wurde, aufzuhalten, wenn er sich nur am neuen Aufenthaltsorte ein Unterkommen und den Unterhalt selbst beschaffen könne. Ein Zwangspass sei deshalb bei Ausweisungen, die lediglich aus armenrechtlichen Gründen erfolgen, nicht zulässig. Ferner werde aber auch eine Polizeiverordnung der Bezirksregierung, die das Mittel des Zwangspasses vorsehe, nicht durch das Polizei-Verwaltungs-gesetz gerechtfertigt. Das Kammergericht erklärte die Polizeiverordnung ebenfalls für ungültig. Für den Strafenat war aber nach der Publikation allein maßgebend, daß sich die Anwendung des Zwangspasses nicht aus den §§ 12 und 6a bis 6i des Gesetzes über die Polizeiverwaltung begründen lasse. Die Angeklagte wurde freigesprochen.

Ein Prachtexemplar von Ausbeute ist der Kaufmann Siegfried Heymannsohn, Rosenhalestraße 16, Privatwohnung Schleswiger Ufer 11, der sich gestern wegen Mißhandlung und schändlicher und wörtlicher Beleidigung eines Lehrlingens vor dem Amtsgericht I zu verantworten hatte. Der Angeklagte besitzt, wie er selbst rühmend hervorhob, ein großes Wäsche-geschäft, in welchem einige zwanzig weibliche Personen beschäftigt werden, darunter acht bis zehn Lehrlingens. Letztere erhalten die ersten drei Monate keinen Lohn, nach Ablauf dieses Vierteljahres zehn Mark monatlich, außerdem ist ihnen eine Prämie von dreißig Mark für die lohnlose Zeit, als wieder zehn Mark pro Monat versprochen, falls sie sich gut führen und ihre Stellung nicht aus eigenem Antriebe aufgeben. Der Angeklagte sollte nun — davon ging wenigstens die Anklagebehörde aus — um die Prämie zu sparen, bestrebt gewesen sein, die Lehrlingens in der letzten Zeit ihres lohnlosen Vierteljahres durch allerlei Mittel zum freiwilligen Aufschneiden aus dem Geschäft zu veranlassen, so wurde z. B. ein Lehrlingens Mädel geprügelt. Sein, als Zeuge vernommener Buchhalter Neumann erklärte: „Bis jetzt ist es noch nicht vorgekommen, daß ein Lehrlingens mit Gewalt hinausgeworfen wurde; die meisten gehen jedoch von selbst.“ In einem ganz außer-gewöhnlichen Vorgange in dieser Hinsicht kam es am 16. Dezember v. J. Das Lehrlingens Amanda Jesche, welches bereits über zwei Monate, also im letzten Monat der lohnlosen Zeit, bei dem Angeklagten beschäftigt war, hatte an diesem Tage, um — nach ihrer unabweisbar gestellten Behauptung — für eine Verkäuferin Notizen darauf zu machen, einen Bogen Packpapier in zwei Hälften geteilt und die eine Hälfte zusammengeklappt. Der Angeklagte bemerkte das und schrie die Jesche an: „Sie Diebsche! Sie haben schon so ein Diebsgesicht! Sie verlogenes Frauenzimmer, Sie werden wohl schon ein ganzes Diebstahl-geschäft zu Hause haben!“ Zugleich schlug er ihr mit der Hand wiederholt in das Gesicht. Als die Jesche darauf von dem Buchhalter Neumann ihr Arbeitsbuch verlangte, wies sie dieser nach dem Privatkomptoir Heymannsohns, Letzterer zog die Jesche am Arm in das Komptoir hinein, schloß die Thür hinter sich, schlug die Jesche von neuem und spie ihr schließlich ins Gesicht, wobei es wiederum nicht an Schimpfworten fehlte. Heymannsohn erkundigte sich später bei den übrigen Mädchen, ob sie etwas gesehen hätten; als drei Mädchen das bejahten, wurden sie sofort entlassen. Der Angeklagte bestritt in der heutigen Verhandlung alles. In seinem Geschäft würde viel gestohlen. Er habe geglaubt, daß jener Bogen Packpapier zur Ausführung eines Diebstahls habe dienen sollen; deshalb habe er die Jesche zur Rede gestellt, sie aber keineswegs „gehauen“ u. s. w. Der Staatsanwalt bezeugte die Geschäftsverhältnisse des Angeklagten als solche, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könnten; nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten beantrage er nicht eine Freiheitsstrafe, sondern 500 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage; da der Angeklagte in einem Punkte erwiesenermaßen die Unwahrheit gesagt habe, habe ihm auch in den anderen Punkten gegenüber den Aussagen der wegen ihrer Jugend allerdings unbedeutend gebliebenen Zeuginnen nicht geglaubt werden können.

Man vergleiche mit dieser milden Behandlung eines schamlosen Prügelschlägers die harten Gefängnisstrafen, die zum Theil über Arbeiter verhängt werden, welche sich nach Ansicht des Gerichts eines Vergehens gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung schuldig gemacht haben.

Nach 19monatlicher Untersuchungshaft freigesprochen! Am 3. September 1895 verurtheilte die 3ten. Strafkammer am Landgericht II den Uhrmacher Friedrich Weber, den Portier und früheren Feldpolizisten Ambrosius Pähold, sowie dessen Stiefsohn, den Buchdrucker-Behring Otto Hohensee — sämtlich in Mittenwalde ortsbüchrig — wegen verurtheilten schweren Diebstahls, die ergrannten beiden Angeklagten zu je anderthalb Jahren Zuchthaus, den Letzteren zu vier Monaten Gefängnis. In der Nacht vom 17.

zum 18. April 1895 war in der Behausung des Scharfrichterei-besizers Holzappel in Mittenwalde ein Einbruch verübt worden. Der oder die Diebe mußten aber ohne Beute die Flucht ergreifen, weil Frau Holzappel wach wurde und Lärm schlug. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich auf die drei Angeklagten, gegen diese wurden eine Menge Indizien zusammengetragen, die mehr durch ihre Zahl, als ihren Werth ins Gewicht fielen. Immerhin gelangte das Gericht zur Verurtheilung. Rechtsanwält Modler legte als Vertheidiger des Pähold und des Hohensee Revision ein, dieses Rechtsmittel verfiel jedoch. Nunmehr betrieb der Vertheidiger mit allen Mitteln die Wiederaufnahme des Verfahrens. Pähold erklärte, lieber jahrelang in Untersuchungshaft verbleiben zu wollen, als sich einer schimpflichen Strafe anzuschließen. Die Strafkammer lehnte das beantragte Wiederaufnahmeverfahren ab, das Kammergericht ordnete dieselbe dagegen an, nachdem der Vertheidiger Beschwerde geführt hatte. Nach wiederholten Verhandlungen, die theils durch das Ausbleiben geladener, theils durch die Ladung neuer Zeugen erforderlich wurden, gelangte die Sache gestern vor der I. Strafkammer am Landgericht II zum Abschluß. Es waren über 80 Zeugen geladen, doch bedurfte es des Entlastungsbeweises nicht, denn der Gerichtshof trat dem Vertheidiger in der Ueberzeugung bei, daß die Indizien, auf Grund deren der frühere Gerichtshof zur Verurtheilung gelangt sei, nach keiner Seite hin als ausreichend erachtet werden könnten, um eine Verurtheilung zu rechtfertigen. Das Urtheil lautete daher auf Freisprechung beider Angeklagten (Weber hatte die Wiederaufnahme nicht beantragt) und sofortige Entlassung des Pähold aus der Haft.

Unter der göttlichen Vorsehung. Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I spielte sich gestern eine Verhandlung ab, wobei erschütternde Umstände zur Sprache kamen. Auf der Anklagebank erschien der frühere Hausdiener Wilhelm Rißermann. Der bisher unbefohlene Mann war eines schweren verurtheilten Diebstahls und eines einfachen Diebstahls beschuldigt und gefändigt. Er hat nur um die Erlaubnis, dem Gerichtshofe erzählen zu dürfen, wie er zum Verbrecher geworden sei. Der Wunsch wurde ihm gewährt. Nun erzählte der Angeklagte, daß er fast blind sei. Er trage eine Brille schärferster Nummer, sei aber nicht im Stande, zu sehen, wie viele Personen im Saale anwesend seien. Trotz aller Bemühungen habe er sich langer Zeit keine Arbeit mehr finden können. Da habe sich sein Vetter, der hier ansässige Kohlenhändler Rißermann, seiner angenommen. Derselbe beschäftigte ihn mit Kohlenpacken und versprach ihm 1 M. täglich und freie Kost. Von der einen Mark mußten seine Frau und seine drei Kinder das Leben fristen. Den Lohn habe er indessen nur unregelmäßig erhalten, sein Vetter habe selbst zu thun gehabt, um mit seiner Familie durchzukommen. An einem Sonnabend Abend sei er ohne einen Pfennig nach Hause gekommen. Am folgenden Tage sei er betteln gegangen. Am Montag habe er sich allein in der Wohnung seines Veters befunden. Er habe gewußt, daß derselbe in einem Wäsche-spindel Geld aufbewahre. Unter allen Umständen habe er für seine hungernden Kinder Brot schaffen müssen. Er habe versucht, den Schrank zu öffnen, der Bart des nicht passenden Schlüssels sei abgebrochen. Nun habe er die nicht verschlossene Schublade der Kommode ausgezogen und daraus eine goldene Uhr und einen Trauring an sich genommen. Er habe schleunigst den Ring versteckt und dann den Pfandschein nebst der Uhr seinem Vetter wieder zugehändigt. „So, nun verurtheilen Sie mich,“ schloß der Angeklagte seine Rede. „Für mich kann das Gefängnis nichts Abschreckendes haben, denn ich bin ein blutarmes Krüppel, ich habe während der beiden Osterfeiertage nichts zu mir genommen und bin heute Morgen in ausgehungertem Zustande zum Termine gegangen. Für mich kann es nur eine Erholung sein, wenn ich mal während einiger Monate das Elend in meiner Familie nicht sehe.“ Die Zeugin Rißermann bestätigte, daß die Uege des Angeklagten eine sehr traurige sei, sie würde seine geringen Leistungen auch bezahlt haben, wenn sie nicht selbst zu kämpfen gehabt hätten. Der Gerichtshof zog diese himmelstreichenden Umstände als „mildern“ in betracht; nach dem Antrage des Staatsanwalts wurde auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten erkannt.

Abermals ein Prügelnder Polizist. Halberstadt, 16. April. Die hiesige Strafkammer hat den Polizeisergeanten Garfenthal in Achersleben zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt, weil er am 12. November v. J. als Beamter in Ausübung seines Amtes den Glasergesellen Bahren vorsätzlich mißhandelte und beleidigte, indem er ihn „Lämmel“ nannte, dann arreirte, auf dem Transport zur Wache mit der Faust ins Gesicht stieß und mit der Hand an den Kopf schlug.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 20. April. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Das dänische Schiff „Thea“, Kapitän Jensen, mit 800 Tons Zucker nach Liverpool bestimmt, ist infolge Kollision mit dem norwegischen Dampfer „Tryg“ bei Hølyhead gesunken. Von der aus neun Mann bestehenden Besatzung ist nur Matrose Ziegler gerettet worden.

Gradeny, 20. April. (B. T. B.) Wie dem „Geselligen“ aus Osterode in Ostpreußen gemeldet wird, sind infolge Umschlagens eines Segelboots auf dem Drenweg-See sieben Soldaten ertrunken.

Frankfurt a. M., 20. April. (B. S.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Stuttgart: Heute früh starb der langjährige Redakteur und Verleger des „Vorbach“, Eugen Binder, im Alter von 79 Jahren.

Wien, 20. April. (B. S.) Heute hat die Beerdigung Dr. Rueger's als Bürgermeister stattgefunden. Nach derselben begab sich Rueger in die Hofburg, um dem Kaiser seinen Dank für seine Bestätigung abzusenden. Auf der Fahrt zur Hofburg wurden Rueger von einer zahlreichen Menschenmenge härmliche Ovationen dargebracht.

Wien, 20. April. (B. S.) Das „Neue Wiener Tagblatt“ bringt die Meldung aus Kanea, daß bei Suda die Jursurgenten auf eine österreichische Patrouille aus dem Hinterhalte geschossen haben; ein Korporal der 8. Kompagnie wurde verumdet.

Triest, 20. April. (B. T. B.) Das Abendblatt des „Mattino“ meldet, daß 1500 Arbeiter der Schiffswerft „Stabilimento tecnico“ streiken und daß die Direktion geneigt sei, den Forderungen der Streikenden entgegenzukommen, sodas der Ausstand in kurzer Zeit beendet sein dürfte.

Belgrad, 20. April. (B. S.) Der Kommandant der Raschibojuls in Altserbien organisiert seine Scharen, die auf 14 000 Mann geschätzt werden, um mit denselben an die griechische Grenze zu marschieren.

Athen, 20. April. (B. S.) Man erwartet nun auch eine Erhebung der auf den Inseln Samos, Rhodus und Chios ansässigen Griechen.

Athen, 20. April. (B. S.) Die Ankunft Nicotti Garibaldi's mit 500 italienischen Freiwilligen ist bereits signalisiert. Sein Eintreffen wird heute noch erwartet.

Clawona, 20. April. (B. S.) Bei dem Kampfe bei Tarnavos wurden die Griechen bis Razatlar zurückgedrängt; sie mußten das ganze oberhalb des Karadere gelegene Thal räumen. — Die Türken haben von Prevesa mehr als 600 Bomben geworfen.

Athen, 20. April. (Meldung der „Agence Havas“.) Eine Depesche aus Aeta von 2 Uhr nachmittags meldet: Die Türken versuchten heute bei dem Kloster Theoklan den Arta-Fluß zu überschreiten, sie wurden jedoch durch die griechischen Batterien daran gehindert. Die griechische Westarmee hat Neolchori, Pachalamos und einige andere Dörfer besetzt und befindet sich daselbst in gut besetzter Stellung.

Kairo, 20. April. (B. S.) Das ägyptische Ministerium händigte dem griechischen Generalkonsul am hiesigen Orte seine Pässe aus, und zwar auf Ersuchen der türkischen Regierung. Nun wird auch die Frage erörtert, ob nicht alle Griechen innerhalb fünf Tagen Ägypten verlassen müssen.

**Lokales.**

Unser Kollege August Jacoby hat gestern, am dritten Osterfest die Strafe von vier Wochen Haft angetreten, die ihm durch ein Erkenntnis des hiesigen Landgerichts I auferlegt worden ist. Die Preussener Staatsanwaltschaft hatte sich durch einen Artikel in Nr. 183 unsrer Blätter vom vorigen Jahre beleidigt gefühlt, in welchem ihr Vorgehen in Sachen der vorjährigen Märzzeitung bekräftigt worden war. Das erste Erkenntnis, das am 8. Wochen Gefängnis lautete, war vom Reichsgericht umgestoßen worden, und darauf kam das Landgericht zu der Anschauung, daß Jacoby mit Aufnahme des Artikels zwar keine bewußte Beleidigung, wohl aber eine Fahrlässigkeit begangen habe, welche nach § 21 des Preßgesetzes mit 4 Wochen Haft zu sühnen sei. Wir hoffen unsern Kollegen nach Ablauf dieser Frist kampfesfähig wieder zu sehen!

Zur Lokalliste machen wir die Parteigenossen in Berlin wie in der Umgebung darauf aufmerksam, daß fortan Verordnungen und Mitteilungen von Veränderungen in der Liste nur Aufnahme im „Vorwärts“ finden können, wenn sie an das Mitglied der Berliner Lokalkommission, Genossen Viktor Wahle, Berlin S., Prinzenstr. 8, Seitenstügel 1 Tr. gerichtet und von diesem beglaubigt sind. Verschiedenen Unannehmlichkeiten, denen sowohl die Lokalkommission, wie die Redaktion in dieser Beziehung ausgesetzt waren, geben zu dieser Bekanntmachung den Anlaß. Es ergibt daher namentlich an die Vertrauenspersonen und Vorsitzenden der Lokalkommissionen der Umgegend Berlins das dringende Ersuchen, alle Zuschriften, welche die Lokalliste betreffen, einzig an die obengenannte Adresse zu richten.

Die Gegensätze zwischen reich und arm innerhalb der Bevölkerung Berlins treten in den Steuerleistungen recht augenfällig in die Erscheinung. Daß es auch in Berlin recht reiche Leute giebt, ist wohl allgemein bekannt; weniger bekannt aber dürfte es sein, daß die Reichshauptstadt einen Mann beherbergt, welcher allein für seine Person an Steuern 119 800 M. zahlt für ein jährliches Einkommen von 2 995 000 M. bis 3 Millionen Mark! Dieser Sterbliche darf sich rühmen, der reichste Mann Berlins zu sein. Der ihm nächstfolgende versteuert ein jährliches Einkommen von 1 620 000 M. bis zu 1 625 000 M. und entrichtet dafür einen Steuerfuß von jährlich 64 800 M. Fernere 7 Berliner haben ein jährliches Einkommen von mehr als 1 Million Mark, und 31 ein solches von mehr als 1/2 Million Mark. Einem Einkommen von über 100 000 M. erfreuen sich circa 400 Reichshauptstädter. Immerhin befinden sich die Steuerzahler mit derartigen hohen und „auskömmlichen“ Einkommen ganz bedeutend in der Minderzahl, denn von den 496 268 steuerpflichtigen Berlinern hatten nach der vorjährigen Steuereinschätzung allein 113 188 nur ein jährliches Einkommen von 1050 M. bis 1200 M., 168 614 gar nur ein jährliches Einkommen von 680 M. bis 900 M., und rund die Hälfte aller Steuerpflichtigen mußte von jeder Steuerzahlung überhaupt frei gelassen werden, da sie noch nicht einmal das sechshundertjährige jährliche Einkommen aufzuweisen hatten! Diese Gegensätze illustriren recht deutlich die heutige „Ordnung“ der Dinge.

In einem Dekret läßt die offizielle Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Arbeiterbewegung als „sozialistische Bewegung“ gegen die Arbeiterklasse. Das Dekret des Vorstandes der Berliner Metallindustriellen, nach der jeder Arbeiter, der am 1. Mai ohne Erlaubnis von der Arbeit fernbleibt, entlassen werden soll, muß von allen Arbeitgebern und Verbänden zu der ihrigen gemacht werden. Es bedarf keiner Segendemonstrationen und keines weiteren Eingehens auf die Herausforderung der Sozialdemokratie. Alles dies wird ja bekanntlich doch nur, wie die Ausbeutung der Verhandlungen über den achtstündigen Arbeitstag sattsam bewiesen, zu einem Triumphe der sozialrevolutionären Bewegung gestempelt. Was noch thut, ist einzig und allein der feste und einmütig durchgeführte Entschluß des Unternehmerstandes, Herr im eigenen Hause zu bleiben. Das Recht des Arbeitgebers, innerhalb der durch Gesetz und Christentum bestimmten Schranken an allen regelmäßigen Werktagen über die Kraft seiner kontraktlich gebundenen Arbeiter zu verfügen, bildet einen integrirenden Bestandteil des allgemeinen Hausrechts für die produktiven Stände. Seine Preisgabe bedeutet nichts Geringeres als eine Lockerung der individualistischen Wirtschaftsverordnung überhaupt. Darum: Principii obsta. Gewiß wird das Unternehmertum nur schweren Herzens von der Waffe der Aussperrung Gebrauch machen, aber dasselbe kann sich gegebenen Falls der von dem Gesamtinteresse auferlegten Pflicht nicht entziehen.

Das sind alles die alten Phrasen, die die deutsche Arbeiterschaft nunmehr zum achten Male zu hören kriegt. Der Selbstartikel interessiert aber dennoch, nämlich durch das, was er nicht enthält. Es ist die Rede von dem Wort der Berechtigungslosigkeit der Achtstündentage an sich erwähnt, die früher eine sehr beträchtliche Rolle spielte. Statt dessen findet sich das Eingeständnis, daß alles Eingehen auf die Forderungen der Sozialdemokratie nur zu einem Triumphe der sozialdemokratischen Bewegung „gestempelt werden“. Auch hütet sich die Nordd. Allg. Ztg., entgegen der Gesinnung früherer Jahre, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich durch die Maßnahme einer unberechtigten Schädigung der Unternehmerinteressen und einer Geschwändigkeit schuldig machen. Ein solcher Hinweis wäre auch gar zu komisch gewesen, nachdem das patriotische Unternehmertum fast ohne Ausnahme sich dadurch der Schusterpraktik schuldig gemacht hat, daß es zu Ehren Wilhelm I. die Arbeiterkräfte um den Lohn betraute, den es den Ausgebeuteten von Gesetzeswegen für die Zentenarfeiertage schuldet.

Es ist immerhin von Werth für die deutsche Arbeiterschaft, wenn eines der berühmtesten Ordnungsblätter eingesehen muß, daß die heutige Ordnung der Dinge nicht, aber auch gar nicht mehr zu ihrer Rechtfertigung für sich hat, als die nackte, hohnvoll geübte Gewalt!

Ein Musterbetrieb im Sinne des patriotischen Unternehmertums ist doch das Reich, in dem Herr Thiesen schaltet und waltet. Die königliche Eisenbahn-Direktion in Berlin erneuert jetzt eine Verfügung, nach der alle Beamten und Hilfsbeamten verpflichtet sind, sofern es der Dienst erfordert, auch über die festgesetzte Bureauxzeit für ihre Behörde thätig zu sein. „Wenn die vorhandene Zahl der Beamten“, so heißt es in der Verfügung, „bei besonderer Häufung der Dienstgeschäfte nicht ausreicht, so sind die Bureauxstunden vorübergehend zu vermindern, bezw. ist Hausarbeit anzuordnen. In solchen Fällen sind dann auch die Hilfsbeamten anzuhaltend, über die Dienststunden hinaus unentgeltlich zu arbeiten.“ Besondere Vergütungen für Überstunden erhalten dieselben nicht; nur wenn es sich um vermehrte Dienstleistungen „in erheblichem Umfange“ handelt, sollen die betreffenden Beamten zu einer Belohnung in Vorschlag gebracht werden. Den Hilfsarbeitern dürfen Überstunden und Hausarbeiten mit Rücksicht darauf, daß sie auch für die Sonntage, an denen sie nicht arbeiten, volle Vergütung erhalten, in der Regel ebenfalls nicht besonders vergütet werden. — Die Kühnemann und Konforten müssen gelb vor Reid werden, wenn sie lesen wie weit es der Staat der Sozialreform in der Ausnutzung der Arbeitskräfte, die sich ihm überantwortet haben, treiben darf. Das patriotische Unternehmertum würde nur zu gern den Prinzipien des Staates der Sozialreform nachleben, wenn nicht die Kampfbereitschaft der Ausgebeuteten ihm einigen Respekt einflößte. Wann wird das Arbeiterheer der Eisenbahn endlich zu der Einsicht kommen, daß die Erhebung einer Organisation zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nachgerade zur Gewissenspflicht wird?

Eine Ausstellung des Vereins für Verbesserung der Frauenbekleidung wird jetzt Leipzigerstr. 102 abgehalten. Der Verein beabsichtigt eine Reform der Frauentracht, die den Anforderungen des praktischen Lebens und der Gesundheit mehr entspricht als die moderne Bekleidung. Die Unterbekleidung soll durch Entlastung der Hüften vereinfacht, nur das Obergewand soll mit Anlehnung an die Mode eine freiere Gestaltung bekommen; durch eine Verkürzung des Straßentelbes soll eine süßfreie Bewegung ermöglicht und das Uebel der modernen „Staubfänger“ beseitigt werden. Der Verein will eine Umgestaltung der Mode anbahnen, die eine Erhaltung der natürlichen Formen des Körpers garantiert. Diesen Zweck soll die Ausstellung fördern. In den mannigfaltigsten Arten und Formen sind Reform-Bekleidungsgegenstände dort von den verschiedensten Berliner Firmen ausgestellt: Reform-Ober- und Unterkleider, Beinkleider mit Tragebändern, Hemdhosen, Reform-Korsets und Brustgürtel, Schuhbekleidung, Umhänge und Mäntel, Hüte u. s. w. Nicht ansprechende und die aussehende Sachen senden wir darunter, aber auch solche, die von der offiziellen Modenarrheit wenig abstecken. Das gilt namentlich von den Outfits „Gesundheits“-Korsets mit ausnehmbaren Fischbeinringen geben der Frau die Wahl, den Schnürpanzer nach alter und neuer Methode zu benutzen.

Zur Umwälzung der Mode in der Weise, daß sie die natürlichen Anforderungen des Lebens entspricht, sind soziale Einwirkungen nötig, die ihr den Weg ebnen werden. Bei den gegenwärtigen Klassenunterschieden und der Stellung, welche die Frau namentlich in den höheren Gesellschaftsklassen einnimmt, drängt die Mode eher zu Geschmackslosigkeiten, als daß sie sich den natürlichen Verhältnissen anschließt. Daß es dem Verein für Verbesserung der Frauenbekleidung unter den obwaltenden Anschauungen gelingen wird, mit seiner geplanten Reform einen größeren Kreis zu gewinnen, ist billig zu bezweifeln. Die Ausstellung ist immerhin ein dankenswerthes Unternehmen, das namentlich auch dem Fachmann manches Lehrreiche bietet. Den Eintrittspreis von 30 Pf. halten wir indes für das Gebotene zu hoch.

Von Herrn Dr. Werthauer, dem Verteidiger Koschemann's erhalten wir folgende, vom 20. April datierte Zuschrift: „Es ist im Prozeß dargelegt, daß das Werk, welches zur Attentatsliste verwandt ist, und welches bei dem Uhrmacher in Königs-Wupptenberg gekauft ist, derselben Fabrik — Jungkhan's-Wieder aus Schramberg Gebr. Jungkhan — entstamme; es ist seitens der Verteidigung nicht übersehen. Gegen Koschemann spricht dies nicht, da diese Wieder überall sehr verbreitet sind. Es kann ferner angenommen werden, daß Koschemann am 2. Pfingstfeiertag selbst den Brede gesagt hat, er gelte bei der Polizei als Anarchist u. s. w., sodas dieser am 3. Feiertag es dem Vater erzählen konnte, sodas hieraus eine Verbindung der Polizei mit Brede nicht zu erweisen ist, die Verteidigung also auch hier einen Fingerzeig zu beachten nicht unterlassen hat. Meine Ansicht, daß die Kiste von anarchistisch-terroristischer Seite stammt, ergibt sich aus der Verhandlung ohne ein besonderes Motiv. Diese Ansicht kann für die Geschworenen nicht zu ungunsten Koschemann's in betracht gekommen sein, da sie ihm wegen der That freigesprochen haben, die Beihilfe, deretwegen er verurteilt ist, aber in anderen Dingen als dem Attentatsplan gefunden sein muß.“

Nach dem ferner von Ihnen gebrachten Bericht soll der Obmann der Geschworenen aus der Zusammenkunft des inneren Apparats auf einen Mechaniker als Urheber hingewiesen haben. Hierzu möchte ich bemerken, daß in der Verhandlung erörtert ist, daß der gerichtliche Sachverständige die Uhr auseinandergenommen und wieder zusammengesetzt hat. Möglicherweise ist hier ein Irrtum in bezug auf die kunstvolle Zusammenkunft bei den Geschworenen eventuell untergegangen, wenn jener Bericht richtig ist.

Nach unserer, der Verteidigung, Ansicht hat Koschemann mit der ganzen Sache nichts zu thun und ist irgend etwas Gegenteiliges nicht bewiesen, aus welchen Gründen wir die Freisprechung nach Pflicht und Gewissen beantragen müßten.

Unrichtig ist, (wie wir nach der „Berl. Ztg.“ berichteten. D. N.) daß ich unbesagt Koschemann in Gefängnis gesprochen und Koschemann bestimmt habe, seinen bisherigen Rechtsbestand nicht weiter beizubehalten. Koschemann ist mir, nachdem ich um Uebernahme seiner Vertretung ersucht war, durch die Gefängnisdirektion auf Erfordern vorgeführt und habe ich ihn sogar gebeten, seinen Offizialverteidiger, dessen Auftrag gemäß § 143 Str. P. O. von selbst erloschen sein würde, beizubehalten. Mir ist deshalb von einem ehrengerichtlichen Verfahren dieserhalb auch nicht das Geringste bekannt.

Das Urtheil im Prozeß Koschemann pries von den größeren Berliner Blättern, wie wir neulich mittheilten, nur die „Deutsche Tageszeitung“ als ein gerechtes und dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung entsprechendes. Wir müssen heute nachtragen, daß auch das „Berliner Tageblatt“ sich dieser Beurteilung anschließt. Ueberrun Strich freilich läßt die Redaktion durchblicken, daß sie den Spruch der Geschworenen für einen Fehlspruch hält; unterm Strich dagegen veröffentlicht sie einen längeren Artikel, in dem Koschemann's Schuld für ungewiss erklärt wird, weil sein Alibibeweis mangelhaft sei; zugleich wird ein laieses Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Geschworenen den Koschemann nur der Beihilfe, nicht des Mordversuches schuldig befunden haben.

Das interessanteste an dem Artikel ist der Schluß, in dem mit frommen Augenaufschlag die höhere Fügung des Himmels gepriesen wird, durch die das Mischen des verruchten Planes herbeigeführt wurde. Die in ihren besten Zeiten auch in Glaubensdingen sehr radikalen Liberalen in frommer Pose zu sehen, bildet für alle Frommen im Lande jedenfalls einen Hochgenuss. Hoffentlich ziehen die Liberalen auch die Konsequenzen ihrer Frömmigkeit und bewilligen bei der bekannten Kirchennot Berlins die nötigen Gelder zum Bau neuer Gotteshäuser, in denen für das persönliche Eingreifen Gottes in die menschlichen Geschicke gedankt werden kann.

Bedenkt man die Stellung, die die sog. Gebildeten in ihrer über-großen Mehrzahl Glaubensdingen gegenüber in ihrem Innern haben, so tritt die Mächtigkeitsgier unserer Liberalen an solchen Veröffentlichungen klar zu tage.

Zu der Sprache der Staatserhaltenden. Die deutschen Jagdvereine widmen dem verstorbenen Staatssekretär v. Stephan einen Nachruf, in dem es heißt: „Die deutsche Jägerwelt, welcher er mit Leib und Seele angehörte, betrauert in Dr. v. Stephan, der nach beidemütig ertragenen schweren Leiden am 8. d. M. in die ewigen Jagdgründe hinübergewechselt ist, einen der edelsten und gerechtesten Waldmänner dieses Jahrhunderts. Sein Andenken wird auch unter den deutschen Jägern für alle Zeit fortleben.“ Die fromme „Kreuz-Zeitung“ nimmt an diesem Nachruf Anstoß. Sie meint: „Es wäre wohl angemessener gewesen, wenn sich die deutschen Jagdvereine bei dieser Gelegenheit der waldmännischen Ausdrücke enthalten hätten.“ — Was ist denn an einem solchen Nachruf schlüsses in einem Lande, wo unter Umständen 18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner auf der Strecke bleiben sollen?

Eine Menge Papier. Von der Preussischen Haupt-Bibelgesellschaft ist jetzt der Jahresbericht für 1896 (der 82. überhaupt) fertiggestellt, aus welchem hervorgeht, daß im verfloffenen Jahre in Deutschland eine bisher noch nie erreichte Bibelverbreitung erfolgt ist. Allein von der obengenannten Bibelgesellschaft wurden im letzten Jahre 107 679 Bibeln und 48 827 Neue Testamente verbreitet. Hierzu kommen zunächst noch die von den übrigen deutschen Bibelgesellschaften und Anstalten verbreiteten 142 321 Bibeln und 98 173 Neue Testamente, was zusammen rund 250 000 Bibeln und 147 000 Neue Testamente ergibt. Außerdem aber haben noch mehrere ausländische Gesellschaften, wie z. B. die Britische Bibelgesellschaft in London, die Schottische (Waptistische) und die Amerikanische (Wischöflich methodische)

ca. 75 000 Bibeln und 175 000 Neue Testamente vertheilt lassen, so daß Deutschland im Jahre 1896 mit zusammen etwa 650 000 Bibeln und Neuen Testamenten versorgt worden ist. Davon haben die Mannschaften des Heeres und der Marine durch Vermittelung eines königlichen Kommissars 5811 Bibeln und 27 284 Neue Testamente erhalten. Resultat dieses frommen Wirkens: Travailler pour le roi de prusse!

Polizeikampf wegen des „Vorwärts“. Vor gut 14 Tagen berichteten wir, daß einem Parteigenossen, der in einer am 29. März bei Keller abgehaltenen Versammlung gedruckte Aufforderungen zum Abonnement auf den „Vorwärts“ vertheilt hatte, die Unannehmlichkeit einer polizeilichen Sistrung zu theil geworden sei. Wer diese polizeiliche Handlungsweise, die allgemeines Befremden erregte, für die ungebührliche That eines untergeordneten Organs der Behörde hielt, der irte sich. Dem Sünder ist richtig ein Strafmandat auf 9 Mark zugegangen, weil er sich angeblich gegen die §§ 10 und 41 des alten preussischen Preßgesetzes von 1851 vergangen haben soll. Es versteht sich am Lande, daß gegen diesen Strafbefehl Berufung eingelegt wird. Wie die gerichtliche Entscheidung auch ausfallen möge; auf jeden Fall wird sie die Unbillbarkeit der heutigen Zustände an einem neuen Belege illustriren.

Sabbier. Der geschäftsführende Ausschuss des Zentral-Bäder-Innungs-Verbandes „Germania“ ist sich dahin schlüssig geworden, auf dem gegen Ende des Monats stattfindenden Handwerkerkongress folgende Punkte zu vertreten: 1. Erhebung der gänglichen Aufhebung der Bäckerei-Verordnung vom 4. März 1896. 2. Falls dies nicht erreichbar ist: Festlegung einer achtstündigen Ruhezeit für die Gesellen. 3. Statt der täglich zu bemessenden Maximal-Arbeitszeit die Aufstellung eines Wochenumsatz, also einer für die ganze Woche festzulegenden Arbeitszeit, welche jeder Meister nach den Bedürfnissen seines Geschäftsbetriebes auf die einzelnen Tage selbst vertheilen kann. 4. In Uebertretungsfällen Bestrafung der nachweislich Schuldigen (nach Meinung der Meister meistens die Gesellen), sowie Beschränkung der Anzeigepflicht auf 8 Tage. Diese Schlauberger!

In Sachen Zietzen ist die „Berliner Zeitung“ in der Lage, weiteres mitzutheilen. Der als „ungläubwürdig“ angenommene Zeuge Androed in Werder richtet unter dem 16. d. M., also von vier Tagen, an den hier wohnenden Gastwirth Heinrich Zietzen, Neue Königstr. 58, folgenden bemerkenswerten Brief: Bornstedt, 16./4. 97.

Herr Zietzen. Ihnen zur gefälligen Nachricht erstens, daß ich mich nie freiwillig bedrohen gemeldet habe. Ersuche Sie aber doch so freundlich zu sein und mir bei Herrn Dr. Penzmann einmal Gehör zu verschaffen, da dadurch vielleicht alles anders kommt. Also seien Sie so freundlich, bitte daher um recht schnelle Antwort Ihrerseits.

Achtungsvoll  
F. Androed,  
Baber, Bornstedt bei Potsdam.

Aus dem Schriftstück geht hervor, daß Androed den Vorwurf der Un glaubwürdigkeit nicht auf sich sitzen lassen will. Ferner scheint der Mann, wie er auch schreibt, nie „freiwillig“ eine Aussage in der Zietzen-Angelegenheit gemacht zu haben. Zum Verständnis unserer Leser fügen wir hinzu, daß Androed einer der vielen Leute ist, zu welchen der vernünftliche Mörder der Frau Zietzen, der oftgenannte Barbiergehilfe Wilhelm, ein Geständnis seiner That abgelegt hat. Androed ist der Sohn eines Potsdamer Feldwebels, der beim ersten Garde-Regiment gestanden hat und nach seiner Pensionierung eine militärische Vertrauensstellung erhielt. Der vom Gericht als unglaubwürdig bezeichnete Androed besitzt in Bornstedt Haus und Hof.

Eine grauenvolle That hat die Ehefrau des früheren Schulmanns Karl Hennig, Wielestr. 3, begangen. Sie hat am Sonnabend, während ihr Mann im Gerichtsgebäude, wo er ausbiltsweise Anstellung gefunden hat, seiner Beschäftigung oblag, ihr jüngstes Kind umgebracht und den Versuch gemacht, auch ihr ältestes Kind und sich selbst zu tödten. Die Hennig'schen Eheleute hatten am Donnerstag und Freitag Streitigkeiten mit einander gehabt, und als Hennig am Sonnabend früh die Wohnung ohne Abschied verließ, gerieth die Frau in so große Erregung, daß sie beschloß, mit ihren beiden Kindern, der dreizehnjährigen Luise und der dreijährigen Erna, zu sterben. Die älteste Tochter erlitt ihr Einverständnis, und nachdem Mutter und Tochter Wein und Spirituosen getrunken hatten, entzündeten sie vormittags ein Kohlenfeuer in der Absicht, an dem sich entwickelnden Gas zu erstickn. Als dies misslang, klangte am Nachmittag Frau Hennig ihre kleine Tochter Erna an der Thür auf, während sich Luise und die Mutter an dem Fenster aufhängen. Die kleine Erna starb nach kurzer Zeit; die beiden anderen öffneten jedoch die Schlingen wieder und blieben am Leben. Als Hennig gegen vier Uhr nach Hause zurückkehrte, war seine Frau damit beschäftigt, die Leiche der kleinen Tochter auf ihr Bett zu legen. Er schickte Luise, die völlig unverletzt geblieben ist, zu einem Arzt, der die Ueberführung der leicht verwundeten Frau Hennig in die Charité veranlaßte, wo sie als Polizeigefangene gehalten wird.

Zu der 8. städtischen Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Putzstr. 23, in der Nähe des Humboldtthaus, haben im vergangenen Halbjahr 670 junge Leute, besonders Kaufmanns- und Handwerkerlehrlinge, an dem Unterricht theilgenommen. Außer in den allgemein bildenden Fächern Deutsch, bürgerlichem, kaufmännischem und geometrischem Rechnen wird in Französisch und Englisch in Ober- und Unterkurs, in einfacher und doppelter Buchführung, Stenographie, Geometrie, Algebra, Physik, Mechanik, Chemie, Zirkel-, Projektions-, Ornament- und Körperzeichnen, Fachzeichnen für Graveure und Lithographen und im Modelliren unterrichtet. Ferner ist mit der Schule ein städtischer Gewerbesaal und eine Abtheilung der Berliner Tischlerschule mit zusammen 125 Theilnehmern verbunden, in denen Fachzeichnen für Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker, Drechsler und Tischler gelehrt wird. Das Sommerhalbjahr beginnt Donnerstag, den 22. April. Anmeldungen nimmt der Leiter der Schule, Rektor Mebe, mittags von 12—1 und abends von 7—9 Uhr im Schulhause entgegen.

Vierte Fortbildungsschule. Am 23. April eröffnet der Sprachlehrer Perzog an der vierten Fortbildungsschule, Heinersdorferstr. 18, einen neuen Kursus im Englischen. Grammatik tritt ganz in den Hintergrund; der Unterricht wird von der ersten Stunde an mit Konversation, der englische Bibel und englische Lesebücher zu grunde liegen, ertheilt. Am Schlusse des Halbjahres beginnt die Einführung in die kaufmännischen Briefe u. s. w. Der Unterricht erfolgt Donnerstags und Freitags von 7—9 Uhr; das Honorar beträgt nur 4 M. pro Halbjahr. Anmeldungen nimmt täglich der Rektor Lugenberger, Heinersdorferstr. 18, entgegen.

Die Volks-Hochschule Humboldt-Akademie eröffnet von morgen, Donnerstag, Abend ab in den Lehrsälen N.W., Georgenstr. 30/31, und W. Wapstr. 84 die 40 Vortragskurse und Unterrichtsstunden des Frühjahrsanwarts, welche auf fast allen Wissensgebieten von namhaften Dozenten gehalten werden. Der erste Vortrag jedes Kurses bezw. Kursus ist für Herren und Damen frei. Alles Nähere, Bedingungen, Inhaltsangabe, Stundenpläne, Bericht u. s. w. enthält das ausführliche Programm, das in bekannten Buchhandlungen, im „Anzeigeband“ und in den vier Büros: N.W. Unter den Linden 47, W. Potsdamstr. 118, S. Prinzenstr. 54, und N.O. Landsbergerstr. 32, erhältlich ist; ebenfalls werden die Direktoren angegeben.

Wilde Studenten, organisiert Euch! Der Ausschuss der Studentenschaft an der Technischen Hochschule, der bekanntlich aufgestellt worden ist, da er für Einrichtung studentischer Ehrengerichte eintrat, ist neuerdings durch Beschluß einer „allgemeinen Studenterversammlung“ wieder zu frande gekommen. Der Ausschuss bezieht nun aus Korporationsvertretern. Auf die Beschwerde der Studentenschaft gab der Rektor Geheimrath Hauck den Rath: „Die Korporation“





Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Berlin NW., Bremerstrasse 67.

Barg-Magazin und Beerdigungs-Comtoir.

Hackescher Markt 4, Gte Neue Promenade. J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“. Zum Wohnungswechsel gelangen große Lagerbestände meiner Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Fertige Wäsche! Leinwandwaren! zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum Ausverkauf!

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Vasaile, Wapp etc. in Glas, Porzellan, Eisen, Nadeln, Brochen, Andenken, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Was verl. Preisstruktur.)

Künstliche Zähne. Dr. Steffens, Rosenkalerstr. 41, 2 Tr. Teilzahlung v. Woche 1 M.

Sonnabend: Rest-Verkauf! Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe. Brenner & Cie., Alte Jakobstrasse No. 57-59.

Deutsch. Bortier Defert u. Malzkrautbier l. Mang. Brauerei Burgbaiter, Poissdam, gegr. 1736, bei f. Blutarme, Brustkrankh.

Beinfleider Knaben-Anzüge Schul-Anzüge in allen Größen. in nur guten haltbaren Voden, Cheviot und Zwirnstoffen.

Direct von Aachen! weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu anerkannt niedrigen Preisen - Herren-Anzug- und Paletotstoffe vom einfachsten bis zum elegantesten. Vortzliche Musterwahl franco an Jedermann! Zahllose Empfehlungen aus allen Kreisen beweisen unsere Redlichkeit!

Wo alles vergebens helfen nur noch Münsel's Loh-Tannin-Bäder. Sicherste Heilung bei Gicht, Rheumatismus, Haut-, Blut- und Frauenkrankheit, Magen-, Nerven-, Nieren- und Blasenleiden, veralteten Geschlechtsleiden, sowie Folgen von Quecksilberkur.

Kleine Fabrikate sind bekannt als gut und billig!

Eng. Karecker Taschenuhrenfabrik u. Versandgeschäft Lindau No. 188 i. Bodensee. - Zwei Jahre Garantie. -

Wichtig! Jede Dame spart Geld! Einkauf: „Jadekostüme“ 10-25, hochlegante „Modell-Krag“, Applikat., Stickereien mit Capes, Noiree, Crepe, Sammet, Plüsch, Stoff 3-25, Regenmäntel, gute Jades 1-15, Empire, Bolero, Gelegenb.-Kauf: Bekleid.-Reisemäntel, besond. preiswerth. 5.-.

Sophastoffe Reste in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Grüner Weg Nr. 80 part. Eing. vom Jahr (kein Laden). Restarbeiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.

M. Schulmeister Schneidermeister, Dresdenerstrasse 4, Kottbuser Thor, empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel: Frühjahrs- u. Sommerpaletots in guten Diagon., Kammgarn, Satin- und Cheviot-Stoffen 13,50-33 Jaquet-Anzüge in guten, haltbaren Zwirn- Stoffen, 1- und Zweiflig 16-24 Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- und Cheviot-Stoffen, 1- und Zweiflig 18-35 Sacco-Anzüge in guten, wollen, schwarz Kammgarn- u. Satinstoffen, modern. Façons 20-36 Rock-Anzüge von feinen Satin, Tuch u. Kammgarn-Stoffen, 2reihig 25-38 Gehrock-Anzüge in nur guten haltbaren Voden, Cheviot- und Zwirnstoffen. 30-45 Sport- u. Radfahrer-Anzüge in Satin, Diagonal, Kammgarn u. Cheviot, 1 u. 2reihig, von M. 10-20 Jünglings-Anzüge in allen Größen. . . von 3 M. an Havelock, Staub- u. Reijemäntel in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot von M. 5-10 Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge, Kleidsame Façons in großer Auswahl. 5 M. an Schul-Anzüge in Cheviot, Belour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und Zweiflig, von 5 M. an. Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt. Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten. Begründung des Geschäfts 1878.

Wittenshäden befaßten früher das Budget unserer Hausfrauen auf's Empfindlichste. Bald waren die Witten in die Vetsachen gekommen, bald hatten sie gute Wollfleider oder Baters Heberrod an vielen Stellen von der Wolle befreit. Daher wird der Kampf gegen diese Plagegeister auch mit seitener Erbitterung von unseren Hausfrauen geführt. Kampfor, Pfeffer, Kaptholin und wie die scharf riechenden Mittel alle helfen nützen, haben sich freilich bewährt - aber letztlich die Witten-Vertilgungs-Effens von Herrn Wickersheimer, Präparator der Königl. Universität, von den Königl. Hoff. J. F. Schwarlose Söhne, Berlin SW., Marktgrafenstr. 29, von vielen Seiten Anwendung findet, hört man von diesen wenigstens keine Klagen über Schäden mehr. Es veräutme niemand, die Effens von J. Wickersheimer zu verwenden. Derselbe übernimmt bei richtiger Anwendung die Garantie für den Erfolg. In M. 1,00, 1/2 Dtr. 2,75, 1/4 Dtr. 5 M.

Man verlange nur Van den Bergh's feinste holländische Tafel-Margarine. Unübertroffen in Feinheit des Geschmacks, Zülle des Aromas und Fettgehalts. In den meisten besseren Kolonialwaren-Geschäften künstlich. 1539C\*

Uhren u. Goldwaaren Georg Wagner Uhrmacher Skaltitzerstr. 126. Reparaturen.

Sophastoffe Reste in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Grüner Weg Nr. 80 part. Eing. vom Jahr (kein Laden). Restarbeiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.

Gardinen-Resier-Ausverkauf älterer Muster in weiß und crème zu 1-4 Centen passend, (spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager Berlin O., Grüner Weg Nr. 80 part. Eing. vom Jahr (kein Laden). Restarbeiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.

Für 36 Mark liefern feinen Anzug u. Paletot für 30 M. 7-12 M. feine Hosen nach Maß. Bedeutendes Stofflager. Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Strickmaschinen aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten u. ein leichter Erwerbssweig f. Männer, Frauen und Polam-Geschäfte. Erkennen leicht und gratis. Arbeit w. nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter H. Gomburger, Dilligegasse 49, Berlin, Nachmittags.

Reste. Reste. Dolmetsche, jed. West eines Herrenhute, 50R. Sommerpaletotreste, jeder West einen Paletot, 10 Mark. 1506R\* Knabenanzugreste, sehr groß, 2-3 M. Herrenanzugreste in größter Auswahl. Krankenstr. 14, I, kein Laden.

Knaben-Anzüge Knaben-Anzüge und Mädchen-Kleidchen. Mehr zu Anzügen sehr billig. Otto Hoffmann, Beteranenstr. 14. Julius Liedtke, 42 Reichenbergerstr. 42, empfiehlt sein Lager von Schuhwaren aller Art. v. 2 M. ev. Thelja. Frau Fühne Olga Jacobson, Zinboldenstr. 145.

Lanolinseife! macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handwaschmittel ist f. 10 Pf. u. Woche. Handwasch-Berleth-Inf. S. Fiquer. Neue Königl. 17. Fernsprech-Amt VII. Nr. 2067. Betten Steppdecken, Gardinen, Portieren, Wäsche, Sommerpaletots, Hosen, Regulatoren, Remonturen, Oberglieder, spottbillig Pfandleihe, Reanderstr. 6.

Mittwoch, den 21. Donnerstag, den 22. Freitag, den 23. April. Frühjahrs-Preisliste kostenfrei. Versand-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. 111. Tapissiererie-Artikel vorgezeichnet Tablettedecken mit Fransen 18, 22, 30 Pf. mit Hohlraum 18, 25, 30 Pf. Küchenhandtücher, grau 60 Pf., weiss 75 Pf. Stubenhandtücher 85 Pf. u. 1,25 Mk. Küchentischdecken 95 Pf. Bestecktaschen 1,40 Mk. Marknetze 65 u. 85 Pf. Ruheklissen 27 u. 38 Pf. Schirmhüllen, zweiteilig, 75 Pf. Plaidhüllen 1,35 Mk.

Schürzen Tändelschürzen, Nattestoff 45 Pf. Wirtschaftsschürzen 85 Pf., 1,25, 1,35 Mk. Kinder-Hängeschürzen Für ca. 1-2 2-3 3-4 4-5 Jahre 1,05 1,10 1,15 1,20 Mk.

Tricotagen Normalhemden 4 Größen Maco 1,40 1,55 1,70 1,85 Mk. Beige 1,75 1,95 2,15 2,30 Mk. Korsettschoner 17 Pf. Herren-Beinkleider 4 Größen Maco 1.- 1,10 1,20 1,30 Mk. Beige 1,50 1,75 2.- 2,20 Mk. mit dreimal Banddurchzug 35 Pf.

Frühjahrs-Kleiderstoffe melirt gemustert, Loden, Schotten, Karos, Belges Meter 55, 75, 90 Pf., 1, 1,10, 1,50 Mk. Warenhaus A. Wertheim



Die zweite Provinzial-Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg

wurde am 2. und 3. Feiertag in Buske's Lokal abgehalten; es waren 90 Orte durch 87 Delegierte vertreten, als Vertreter der Geschäftsleitung war der Generalbevollmächtigte Bömelburg anwesend. In der Sitzung am Montag berichtete Panzer über die Thätigkeit der Agitationskommission, welche auf der ersten Konferenz im Jahre 1893 gewählt wurde. Die Kommission habe ihre Aufgabe, Propaganda für den Zentralverband der Maurer zu machen, dadurch zu erfüllen gesucht, daß sie in allen in Frage kommenden Orten Verbindungen anzuknüpfen bemüht war. Die Agitationsarbeiten hätten anfangs nicht viel genutzt, und erst später, als die Geschäftslage eine bessere wurde, sei ein Erfolg zu verzeichnen gewesen. Die Kommission habe für 204 in der Provinz abgehaltenen Versammlungen Referenten besorgt. In den 16 Jahrestellen des Verbandes, welche 1893 bestanden, seien 41 neu gegründet worden, wovon aber neun wieder eingegangen seien, theils weil es in den betreffenden Orten an leitenden Kräften fehle, anderentheils infolge behördlicher Maßregeln. Zur Zeit befänden in der Provinz 48 Jahrestellen. Die Kommission hatte vom 1. Oktober 1896 bis 1. April 1897 eine Einnahme von 933,59 M., eine Ausgabe von 862,93 M., wonach ein Bestand von 90,66 M. bleibe. In der Diskussion über den Geschäftsbericht machten mehrere Delegierte Ausführungen betriebs der Versorgung von Versammlungs-Referenten, wogegen Silber schmidt darauf hinwies, daß der Kommission nur wenige Redner zur Verfügung stehen, und daher beim besten Willen nicht alle Wünsche der auswärtigen Kollegen berücksichtigt werden könnten, namentlich dann nicht, wenn man sich erst wenige Tage vor der betreffenden Versammlung an die Kommission wende. Der Generalbevollmächtigte Bömelburg billigte die Geschäftsführung der Kommission, und rief den Kollegen in der Provinz, sich nicht nur auf die aus Berlin kommenden Redner zu verlassen, sondern selber nach Kräften zu agitieren, wenn nicht in Versammlungen, so doch im persönlichen Verkehr mit den Interessenten. Der Agitationskommission wurde einstimmig Decharge erteilt.

Darauf erfolgten die Berichte der Delegierten über die örtlichen Verhältnisse: In Nowawo sind etwa 200 Maurer ansässig, von denen die Hälfte in Potsdam arbeiten; 87 sind organisiert, die Agitation hat in letzter Zeit gute Erfolge gehabt. Der Delegierte aus Kottbus berichtete, daß in diesem Orte sowohl die zahlreich anwesenden Wenden, als auch die alte Kunstorganisation der Arbeiterbewegung sehr hinderlich seien. Die Lage der Maurer in Prenzlau wurde als eine sehr gedrückte geschildert. Sie haben eine 11 stündige Arbeitszeit und erhalten 20 bis 23, höchstens 25 Pf. Stundenlohn und haben sehr unter der Konkurrenz der billig arbeitenden auf den umliegenden Dörfern wohnenden Kollegen zu leiden. Eine Organisation hat daselbst bisher so gut wie gar nicht bestanden, neuerdings ist aber das Interesse für den Verband erwacht. Da in Prenzlau in diesem Sommer reichlich Arbeit vorhanden ist, beabsichtigen die dortigen Maurer, sobald als möglich in eine Bewegung für die Erreichung eines Stundenlohnes von 30 Pf. einzutreten und erwarten die agitatorische Unterstützung der Kommission. In Spandau arbeiten von 835 ansässigen Maurern 240 zu Löhnen von 35-45 Pf. bei 10 stündiger Arbeitszeit. Organisiert sind 104 Kollegen. In Brandenburg nahmen die Unternehmer in früheren Jahren eine sehr feindselige Stellung gegen die Arbeiterorganisation ein und maßregeln die Mitglieder derselben, so daß diese in anderen Orten Arbeit suchen mußten. Das Verhältnis änderte sich aber, als die besten Arbeitskräfte dem Verband beitraten. Der Lohn, welcher im Jahre 1891 schon 40 Pf. betrug, sank im Lauf der Zeit auf 32 Pf. herab und stieg bis 1896 bis zu 36 Pf. Da Arbeitsgelegenheit reichlich vorhanden ist, forderten die Maurer anfangs dieses Jahres 40 Pfennige Stundenlohn. Der Delegierte schilderte ausführlich die Ursachen der zur Zeit in Brandenburg seitens der Unternehmer vorgenommenen Ansperrung, von der 500 Maurer betroffen sind. In Nauen werden 18 bis 27, auch 32 bis 35 Pf. Stundenlohn gezahlt. Ueber Berlin wurde berichtet, daß durch die vorjährige Lohnbewegung die beiden Organisationen (lokal und zentral) soweit zusammengekommen, daß die öffentlichen Angelegenheiten in zufriedenstellender Weise geregelt werden können. Man dürfe hoffen, daß mit der Zeit auch eine Einheit in der Organisation erreicht werde. Da für dieses Jahr 22 Neubauten angemeldet sind, könne man die Arbeitsgelegenheit als eine gute bezeichnen, weshalb man an die Unternehmer einen Antrag auf Lohnhöhung gestellt habe, worüber bis zum 8. Mai die Entscheidung erfolgen solle. Der Steglitzer Delegierte bezeichnete die Organisation an seinem Orte als eine gute, welche befriedigende Erfolge erzielt habe. In Schwiebus besteht seit dem vorigen Jahre eine 10 stündige Arbeitszeit und 23 Pfennige Stundenlohn. In Köpenick befinden sich beinahe alle Maurer seit drei Wochen im Streik, von dem 107 Kollegen betroffen wurden, von denen gegenwärtig noch 25 ohne Arbeit sind. Von 150 im Orte anwesenden Maurern sind 139 organisiert. In Lübben ist der Tageslohn, der im Vorjahre 2,25 bis 2,75 M. betrug, bei einigen Unternehmern neuerdings auf 3,- bis 3,30 M. gestiegen. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. In Friedrichshagen sind von 280 Maurern 110 organisiert. Es wird ein Stundenlohn von 42 1/2 bis 45, jedoch auch 37 1/2, ja sogar 32 1/2 Pfennig gezahlt. In Wittenberge steht der Stundenlohn auf 30 Pfennig, von 130 Kollegen sind 85 organisiert. In Gattewiese wollen die Maurer, die zur Zeit 2,25-2,50 M. Tageslohn erhalten, in eine Lohnbewegung eintreten. Aus Potsdam wurde berichtet, daß daselbst unter den Maurern oft noch konservative Anschauungen herrschen, welche die Agitation sehr erschweren. In Rixdorf wohnen etwa 500 Maurer, von denen nur 85 dem Verband angehören. Die Verhältnisse in Frankfurt a. O. wurden als recht ungünstig geschildert. Die Agitation hatte wenig Erfolg, denn die daselbst arbeitenden Maurer wohnen meist auf den Dörfern und sind für nichts zu haben. In Lietzfelde werden Stundenlöhne von 30 bis 50 Pf. gezahlt. In Weiskensee gehören von etwa 300 Maurern 160 dem Verband an. Die neunstündige Arbeitszeit ist auf fast allen Bauten durchgesetzt. In Luckenwalde arbeiten viele auf Dörfern wohnende Maurer, denen nicht beizukommen ist. Der Lohn beträgt 25 bis 30 Pf.

Bömelburg fasste das Ergebnis der Situationsberichte dahin zusammen, daß dieselben ein recht trübes Bild ergeben sowohl hinsichtlich der Höhe der Arbeitszeit. Andererseits lasse sich jedoch ein Fortschritt der Organisation nicht verkennen. Derselbe würde sowohl in den Vororten Berlins als auch in der Provinz noch größer sein, wenn in Berlin eine einheitliche Organisation bestände. Nach dieser Richtung zu wirken müsse sich jeder Kollege zur Aufgabe machen.

In der Sitzung am Dienstag referierte Silber schmidt über den dritten Punkt der Tagesordnung: Agitation und Streiks. Während im Jahre 1893 nur 16 Jahrestellen mit etwa 1500 Mitgliedern in der Provinz bestanden, habe der Verband gegenwärtig 50 Jahrestellen mit 5558 Mitgliedern. An 80 anderen Orten habe die Agitationskommission Verbindungen angeknüpft, ohne daß es bisher zur Gründung einer Jahrestelle gekommen ist. Können man auch diesen Fortschritt als einen günstigen bezeichnen, so gebe es doch andererseits noch 59 Orte mit je über 3000 Einwohner und 31 Orte mit 1000 bis 3000 Einwohner, wo es an jeder Organisation fehle. Von den größeren Städten sind hier zu nennen: Arnswalde, Rappin, Eberswalde, Friedeberg, Guben, Hagensberg, Landsberg, Spremberg, Sommerfeld und andere. Hindernd stehe der Organisation nicht nur der Widerstand der Behörden und Unternehmer entgegen, sondern auch der Umstand, daß es ausgedehnte ländliche Bezirke in der Provinz gebe, wo sehr viele Maurer wohnen, die

nebenbei etwas Ackerbau treiben und in den größeren Städten Arbeit suchen, wo sie den zielbewußten Kollegen eine erdrückende Konkurrenz machen und deren Löhne herabsetzen helfen. Ein weiterer Nebelstand bestehe darin, daß die Maurer in manchen Orten gezwungen sind, während der Arbeitslosigkeit im Winter bei den Meistern Schulden zu machen, wodurch sie in ein drückendes Abhängigkeitsverhältnis gerathen. Diesen sei natürlich schwer beizukommen. Es gebe Orte in der Provinz, wo von Sonnenauf- bis -untergang gearbeitet werde und Stundenlöhne von 18, ja sogar 15 Pf. gezahlt würden. Gerade in den Gegenden, wo die Verhältnisse am schlechtesten seien, habe die Agitation bisher am wenigsten Erfolg gehabt. Um eine wirksame Agitation in Zukunft zu entfalten, sei zu empfehlen, daß die lebensfähigen Jahrestellen in den Umkreisen ihrer Orte agitatorisch thätig wären und die Arbeit nicht der Kommission allein überlassen bleibe. Es lasse sich nicht verkennen, daß da, wo eine gute Organisation bestehe, in bezug auf Lohn und Arbeitsbedingungen manche Verbesserungen eingetreten seien; beispielsweise gab es im Jahre 1885 von 31 Orten in der Provinz noch 15, wo 11 Stunden und länger gearbeitet wurde, während nur in 15 Orten eine 10 stündige Arbeitszeit bestand. Dagegen gab es im Jahre 1896 schon 25 Orte mit 10 stündiger und nur noch 6 Orte mit 11 stündiger und längerer Arbeitszeit. Während im Jahre 1885 noch in 16 Orten ein Tageslohn von weniger als 3 M., in 4 Orten 3-4 M., in 10 Orten 4-5 M. und nur in einem Orte über 5 M. gezahlt wurde, gab es im Jahre 1896 nur 9 Orte mit weniger als 3 M., 8 Orte mit 3-3,50 M., 3 Orte mit 4-4,50 M. und 11 Orte mit mehr als 5 M. Tageslohn in der Provinz Brandenburg. Wären also hier verhältnismäßig gute Erfolge zu verzeichnen, so gebe es doch noch viele Orte, wo der Agitation ein weites Arbeitsfeld bleibe. Als Ziel der Bewegung müsse ins Auge gefaßt werden: die Festsetzung eines Minimallohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Akkordarbeit, sowie der auf Bauten bestehenden Mißstände, und das Verlangen nach besserer Behandlung seitens der Unternehmer und Poliere. In der Diskussion wurden Einwände gegen die Ausführungen des Referenten nicht gemacht. Bömelburg legte in längerer Rede die bei vorerwähnten Streiks zu befolgende Taktik dar. Er wünschte, daß die Abneigung, welche noch oft gegenüber den auf den Dörfern wohnenden Maurern herrscht, aufhören müsse, da man sonst diese Kollegen nicht für die Organisation gewinnen kann. Weiter wies der Redner an statistischem Material nach, daß durch die Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich im allgemeinen gehoben haben und betonte, daß es nicht Aufgabe der Organisation sei, Streiks hervorzurufen, sondern im Gegentheil solche zu verhüten. Sollte sich dennoch ein Streik nicht umgehen lassen, dann müsse man die in betracht kommenden Verhältnisse sorgfältig prüfen und die geeignete Zeit wählen. Unter allen Umständen müsse vor dem Ausbruch einer Bewegung der Vorstand rechtzeitig benachrichtigt werden. Folgende vom Referenten eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen: Die zweite Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg hält die vom 9. deutschen Maurerkongress vorgeschlagene Taktik in bezug auf Agitation für die richtige. Die Delegierten verpflichten sich, in den Bezirken ihrer Heimathorte lebhaft Propaganda für die Ausbreitung und Befestigung der Organisation zu betreiben. Zu diesem Zweck hat die Agitationskommission den örtlichen Vertrauensmännern eine Anzahl von Orten zur agitatorischen Bearbeitung zu überweisen. Die Kommission ist verpflichtet, die Vertrauensmänner mit Rath und erforderlichenfalls mit agitatorischen Kräften zu unterstützen, andererseits haben die Vertrauensmänner die Kommission von den in Aussicht genommenen Schritten zu unterrichten. Nach einem anderen, gleichfalls angenommenen Antrage sollen die Vertrauensmänner über ihre Thätigkeit regelmäßig an die Kommission berichten.

Hierauf hielt Bömelburg ein ausführliches Referat über die Mißstände im Baugewerbe. Er schilderte die vielen Gefahren, denen die Maurer und Bauarbeiter in der Ausübung ihres Berufs ausgesetzt sind, wies darauf hin, daß die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie die Verhütung von Unfällen und die Beseitigung der Mißstände betreffen, äußerst mangelhaft seien, und empfahl, durch Aufdeckung und eventuelle agitatorische Verwerfung der bestehenden Mißstände für Abstellung derselben zu wirken. Von der Befestigung verlange man die Einführung einer der Fabrikantpflicht entsprechenden Kontrolle der Bauten unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeiter.

Ueber die Novelle zum Unfallgesetz referierte Dähne. Er erläuterte eingehend die einzelnen Bestimmungen derselben und besprach demgegenüber die Anforderungen, welche vom Standpunkte der Arbeiter an eine wirksame Unfallversicherungs-Gesetzgebung gestellt werden muß.

In der Nachmittags-Sitzung fuhr Dähne in seinem Referat fort und empfahl eine Resolution, welche als das mindeste im Interesse der Bauarbeiter eine behördliche Ueberwachung und Kontrolle der Bauten unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen fordert und die Delegierten verpflichtet, in ihren Heimathkreisen dafür zu sorgen, daß alle Mißstände auf Bauten und alle Verhöfe gegen die Unfallverhütungs-Vorschriften festgestellt und unter genauer Angabe der Daten und Namen der Agitationskommission mitgeteilt werden, welche dann das erforderliche zu veranlassen hat. Ferner sollen die Delegierten die Kollegen an allen Orten zum Studium der Ausführung der Arbeiterversicherungs-Gesetze veranlassen, damit den Verunglückten mehr als bisher zu ihrem Recht verholfen werden kann.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Referenten und wurde von allen Seiten eine lebhaft Agitation in der vorgeschlagenen Richtung befürwortet, da dieselbe ebenso notwendig sei, wie die Propaganda für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

In die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wurden gewählt: Silber schmidt, Panzer, Schulz, Vogel und Baganz. Zu Referenten bestimmte man Schönborn, Charlottenburg und Willibth-Verlin. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schloß Silber schmidt die Verhandlungen mit einem Hoch auf das Gedeihen der Organisation und der Arbeiterbewegung.

Die achte Generalversammlung des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes

wurde am 1. Osterfeiertag in Helmstedt abgehalten. Reichstags-Abgeordneter Müller-Weitmar eröffnete die Versammlung und begrüßte die Delegierten, die 22 an der Zahl, aus dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiet, aus Schlesien, Sachsen, Thüringen und Braunschweig erschienen waren.

Müller-Weitmar wurde zum 1. Vorsitzenden, Sachse-Brinckmann zum 2. Vorstehenden gewählt. Als Vertreter der Generalkommission war Abg. Legien-Hamburg anwesend.

Müller-Weitmar gab den Vorstandsbericht. Der Verband zähle gegenwärtig ca. 11.000 Mitglieder und habe in den letzten neun Monaten um 34 pCt. zugenommen. Agitationsstouren wurden nach Schlesien, Bayern, dem Saar-Revier, Braunschweig, dem Siegerland und der Pfalz unternommen. Die Thätigkeit des Verbandes war namentlich in der Frage der Knappschaffsreform von Erfolg gekrönt. Auch für die Rechte der Unfall-Invaliden habe der Verband stetig materiell und geistig gewirkt. Hinsichtlich der Berginspektion seien vielfache Verbesserungen durch Wort und Schrift angebahnt worden. In der Frage der Lohnbewegung habe der Verband, nicht der christliche Gewerksverein die Führung gehabt. Während der Gewerksverein noch in seinem Organ das Syndikat als lohnhebend gepriesen habe, habe die Verbandsleitung stets darauf hingewiesen, daß der Lohn

der Bergleute nicht genügend gestiegen sei. Der Gewerksverein könne nur in den Augen des Laien als Vorkämpfer für die Lohnherhöhung gelten, der Kenner wisse es besser. Obwohl dem Verbands überaus Schwierigkeiten durch Saalobtreibungen, Schanfsperren, Versammlungsverbote u. s. w. gemacht wurden, der Gewerksverein aber überall freie Bahn hätte, gehe es mit dem Verbands doch vorwärts, trotz alledem.

Brangenberg-Hochum gab den Kassenbericht. Die Einnahmen in der Zeit vom 15. Juli 1896 bis 1. April 1897 betragen 20.889,89 M., die Ausgaben 18.804,53 M., der Kassenbestand 7855,36 M. Dazu kommt das sonstige Vermögen an der Druckerei u. in Höhe von ca. 8000 M., so daß das Gesamtvermögen sich auf ca. 16.000 M. beläuft. Die Zahl der Jahrestellen habe 1896 112 betragen und sei jetzt auf 134 in die Höhe gegangen. Die Zeit des Rückganges des Verbandes sei vorbei. Der Verband habe nahezu 500 M. für den Rechtschutz der Mitglieder verausgabt. Infolge der hohen Anforderungen an das Verwaltungspersonal werde eine Vermehrung desselben notwendig werden. In der Diskussion wurden einige Klagen gegen die Geschäftsleitung vorgebracht.

Von den Anträgen zum Vorstandsbericht riefen die auf Erhöhung der Beiträge eine größere Debatte hervor. Der Beitrag beträgt jetzt 80 Pf. monatlich, beantragt wurde, ihn auf 40 und 50 Pf. zu erhöhen. Die Mehrzahl der Redner sprach sich gegen eine Erhöhung aus, da der jetzige 30 Pf.-Beitrag schon schwer genug einzutreiben sei.

Legien-Hamburg tritt für die Beitragserhöhung ein. Wenn der Verband etwas leisten sollte, müsse er mit größeren Mitteln rechnen können als bisher. Ohne Unterstützung seitens der Generalkommission hätte der Verband nicht einmal die Verbandszeitung im jetzigen Umfang liefern können. Ein Streik im Rheinland sei ausichtslos, wenn nicht die schlesischen Bergarbeiter auch organisiert würden. Zur Organisation der ober-schlesischen Kameraden sei es aber notwendig, daß man sich ihnen in ihrer polnischen Muttersprache nahe. Ueber kurz oder lang werde man an ein polnisches Organ denken müssen. Ein einigermaßen überlegter Streik sehe eine starke Organisation voraus. Nicht die Höhe der Beiträge sei bestimmend auf die Mitgliederzahl der Organisation, sondern das, was die Organisation den Mitgliedern für ihr Geld biete. Er glaube nicht, daß bei einer Beitragserhöhung sich die Mitgliederzahl im nächsten Jahre verringern würde.

Auch Müller-Weitmar sprach sich für eine Erhöhung der Beiträge aus. Leider sei aus der Mitte der Mitglieder wieder großer Widerspruch erfolgt und die Mitglieder hätten zu bestimmen, was geschehen solle. Sie sollten aber die Worte Legien's beherzigen.

Hausmann (Nahgebiet) wandte sich gegen die Erhöhung der Beiträge. Die Delegierten würden persönlich gewiß gern höhere Beiträge zahlen, sie müßten aber Rücksicht auf die übrigen Kameraden nehmen, die ihre Auftraggeber seien.

Dem Vorstand wurde hierauf Decharge erteilt. Die Anträge auf Erhöhung der Monatsbeiträge wurden sämtlich abgelehnt.

Hüb-Essen gab den Bericht über die Presse, und ging auf die Anträge ein, die auf Bereicherung des Inhaltes der Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung abzielten. Obwohl die Beitragserhöhung abgelehnt sei, werde die Redaktion ihr möglichstes thun, um die Zeitung auszugestalten. Redner vertheidigt dann die Haltung der Zeitung gegenüber dem christlichen Gewerksverein. So lange dieser zum sachmännischen Fragen erdörere, könne er der Sympathie und Hilfe des Verbandsorgans sicher sein. Das Organ des Gewerksvereins habe aber erst lehtthin den jetzigen Redakteur des Verbandsorgans, Thiemann, schwer beschimpft, indem es ihm vorgeworfen habe, er habe Arbeitergroßren beiseite gebracht, so daß Thiemann sich gezwungen gesehen habe, den gerichtlichen Klagen wegen verleumdender Beleidigung zu beschreiten. Vor Gericht werde bewiesen werden, daß alle Angriffe des „Bergknappen“ erdunken und erlogen seien. Im Gewerksverein mache sich unter den Mitgliedern in Gegensatz zur Führerschaft eine Strömung geltend, welche der Annäherung beider Organisationen geneigt sei. Die Abweisung der Lohnherhöhung durch die Unternehmer-Organisation sei für den Gewerksverein eine heilsame Lehre gewesen und habe diese verhältnißmäßig günstig gestimmt.

Verchiedene Redner betonten ihre Zufriedenheit damit, daß das Verbandsorgan jetzt mehr gewerkschaftlich als politisch redigirt wird.

Wies-Essen erklärt sich gegen alles, was höhere Ausgaben verursachen könnte, da die Beiträge nicht erhöht worden seien.

Schwindt-Dahlhausen (Nahrevier) beantragt, den Abonnements-Preis für die Postabonnenten auf drei Mark pro Quartal zu erhöhen. Ein anderer Redner will diesen Abonnements-Preis auf 4 M. erhöhen wissen. Müller-Weitmar schießt sich dem Antrag auf 4 M. an. Die Erhöhung dürfe aber nur für Postabonnenten, nicht für Privatabonnenten gelten, da viele der letzteren Kategorie aus bestimmten Gründen dem Verbands nicht angehören könnten.

Nach längerer Diskussion beschließt die Versammlung, die „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ vom 1. Juli cr. ab in Petitschrift erscheinen zu lassen. Der Antrag: Postabonnenten zahlen 4,50 M. pro Quartal (inzwischen ist die Summe noch um 50 Pf. erhöht worden) wird angenommen. Die Gründung eines polnischen Organs wird abgelehnt.

Das Referat über den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Organisation und Agitation“ hatte Thiemann-Hochum. Er führte aus: Der Verband leiste zwar noch lange nicht genug an Agitation, aber mit dem christlichen Gewerksverein nehme er es immer noch auf. Bei den Gewerksvereitswahlen habe der Verband den Gewerksverein in seiner Hochburg Alteneffen besiegt, ebenso in Wattenfeld, das der Gewerksverein ebenfalls im Sturm erobern zu können geglaubt hatte. In der Knappschaffsreform habe der Verband ebenfalls die Führung übernommen. Der Gewerksverein habe die Forderung, daß der Bergmann nach fünf- und zwanzigjähriger Arbeit in der Grube das Recht auf Invalidenpension haben solle, abgelehnt. Dieser ablehnende Beschluß sei künstlich herbeigeführt worden, man habe zu dieser Abstimmung Mitglieder kommandirt. Die Führer, an ihrer Spitze Herr Brust, benähmen sich ungemein geschäftig. Man werde jetzt das Gericht anrufen und es solle entscheiden werden, ob wirklich schon ein Verbandsleiter auf den Taschen der Arbeiter gelegen habe. Mit der Aufforderung, treu zur Organisation zu halten und für die Organisation zu wirken, schloß der Redner. Wer (wie die Führer des christlichen Gewerksvereins) Religion oder Politik in die Organisation trage, schädige die Bewegung.

Die zu diesem Punkte der Tagesordnung vorliegenden Anträge betreffen die Statuten, die Eintheilung in Agitationsbezirke, die Wahl der Knappschaffsältesten, die Vergütung u. s. w.

In der Diskussion bringt Prokory-Essen die von der Jahrestelle Alteneffen veranstaltete Zentenarfeier zur Sprache. Wenn man es schon nicht verhindern kann, daß sich eine Jahrestelle des Verbandes an einem solchen chauvinistischen Feste betheilige, so verdiene doch das Verbandsorgan eine Klage, daß es von dieser Feier in Zeitungsnotiz genommen habe.

Wies-Essen hält für die Ausdehnung der Agitation unbedingt eine Erhöhung der Beiträge für geboten.

Hüb-Essen versichert dem Kameraden Prokory, daß er die Zentenarfeier ebenso wie der Vorstand des Verbandes nicht begünstigt habe. Aber wenn der Verband sagt, er treibe keine Politik, so sei das keine leere Redensart und jedes Verbandsmitglied dürfe eine Politik treiben, die ihm gefalle. Die Zentenarfeier könne der Verband ebensowenig wie eine Märzfeier oder Lasterfeier verhindern.

Nach längerer Diskussion wurden die oben erwähnten Anträge angenommen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung betrafen Interna des Verbandes, die kein allgemeines Interesse beanspruchten. Nach 8 Uhr abends wurde die Generalversammlung von Sachse-Zwidau geschlossen.

Im Anschluß an die Generalversammlung des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes trat am zweiten Osterfeiertage der zweite nationale deutsche Bergmannskongress in Helmstedt zusammen. Es waren bedeutend mehr Kongreßteilnehmer anwesend als Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes.

Reichstags-Abgeordneter Müller-Weimar begrüßt die Kongreßdelegierten mit einem lebhaft erwiderten Glückwunsch! In einer kurzen Ansprache weist er auf die Schwierigkeiten hin, die die Zusammenberufung des Bergmannskongresses verursacht habe. Trotzdem seien zahlreiche Delegierte aus allen Bergrevieren eingetroffen. Es seien hier nur Bergleute, alte, gediente, praktisch erfahrene Bergleute zusammen, keine Kapläne, keine Bergrevierbeamte, keine Fabrikbesitzer, die sich anderswo unter die Bergleute gemischt und in die praktischen Fachfragen mit hineingeredet hätten. Nachdem die Kongreßleitung konstituiert sei, solle die Berichterstattung der Revierdelegierten erfolgen.

Als Vorsitzende wurden hierauf Müller-Weimar und Sachse-Zwidau gewählt. Der Kongress tritt dann in seine Tagesordnung ein. Es wird mit der Berichterstattung aus den einzelnen Revieren begonnen.

Der erste Berichterstatter ist Schär-Wintersdorf (Altenburger Revier): Der Durchschnittslohn in den dortigen Braunkohlen-Gruben betrage 3,25 Mark pro Schicht. Einzelne verdienen mehr, einzelne weniger. Die Unglücksfälle würden hauptsächlich durch Verschütten hervorgerufen. Bedauerlich sei es, daß der Arbeiter für die Sicherung seiner Arbeitsstätte nichts bezahle, der Lohn vielmehr nur nach der geförderten Kohle bemessen werde. Aus dem Streben heraus, recht viel Kohle zu fördern, werde oft die nötige Vorsicht hintangeseht. Die Arbeitszeit belaufe sich auf 10 1/2 Stunden, es werde aber häufig Ueberstundenarbeit verlangt. 10 1/2 Stunden seien auch für das Braunkohlen-Revier zu viel, der Bergmann arbeite dort nicht wie ein Mensch, sondern wie ein — — — man werde ihn schon verstehen. Die Behandlung seitens der Beamten sei nicht die beste. Schimpfworte seien an der Tagesordnung, ja auf einzelnen Gruben sei es sogar zu Thätlichkeiten gekommen. Ueber die Beamten sei weniger zu klagen, als über die Arbeiter. Zu einer Entlassung des Beamten käme es aber bei einem Streit selten. Im Revier existiere ein sogenannter Kuttelverein, der angeblich zur Hebung des Bergmannsstandes gegründet sei. Thatsächlich sei er nur für Kirchenparaden und patriotische Feste da. Eins leiste der Verein: das sei die feierliche Beerdigung verunglückter und verstorbenen Kameraden. Was nütze dem Bergmann aber die Ehrung nach dem Tode? Das könne ihm nichts mehr nützen. So betrachte er den Verein nicht als zur Hebung des Bergmannsstandes förderlich. Der Lohn werde monatlich bezahlt, die Folge davon sei, daß der Arbeiter borgen müsse. Deshalb sei eine lebhafteste Agitation für wöchentliche Lohnzahlung im Gange.

Rein-Saar-Revier bringt die Grube der dortigen Kameraden. Es seien viele Unglücksfälle vorgekommen, doch fehle ihm eine Statistik. Aber die Lazarethe in Neunkirchen, Sulzbach und Völklingen seien gefüllt. In Neunkirchen und Sulzbach seien die Kräfte vermehrt worden. Dabei lägen die Gertranken zu Hause. Der Lohn sei seit 1893 um 20 Pf. pro Tonne gesunken. Dabei fördere der Bergmann jetzt im Jahre 10 Tonnen mehr. Der Durchschnittslohn betrage im Saarrevier 3,30—3,40 M. Es seien auf einzelnen Gruben auch jugendliche Arbeiter angestellt. Die 14jährigen erhalten 60 Pf. bei fünfständiger Arbeitszeit, die 15jährigen 70 Pf. bei fünfständiger Arbeitszeit. Ihre Arbeit besteht im Ausdrücken der Steine aus den Steinkohlen. Die Organisation im Saarrevier sei sehr schwer. Es gebe kein öffentliches Lokal zu Versammlungen. Der letzte Streit mit seinen Maßregelungen wirkt noch nach, die Bergleute seien nicht zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Trotz der jetzt neunständigen Arbeitszeit wurden mehr Kohlen gefördert als vor 1889, wo noch zwölfständige Arbeitszeit bestand. Die Grubenaufsicht, die im Saarrevier bestehen, hätten nicht viel Wert. Redner schließt mit der Hoffnung, daß mit der Zeit doch wieder eine Organisation entstehen werde.

Knippschild-Bochum (Ruhrrevier): Obwohl die Kohlenpreise höher sind, sei der Lohn nicht gestiegen. Der Durchschnittslohn betrage 3,80 bis 3,90 M., da seien aber Ueber-schichten eingerechnet. Einzelne „promme“ Leute würden von den Steigern begünstigt. Auf diese passe das Sprichwort: „Wer den lieben Gott läßt walten und verhält sich mit dem Steiger gut, der wird einen gerechten Lohn erhalten, wenn er auch nicht viel leisten thut.“ Die älteren Leute würden rücksichtslos im Lohne verläßt, wenn nicht ganz entlassen. Aufgeräumt müsse mit den Unterstufungsklassen werden, in die die Strafgelehrten fliehen. Von Unterstufungen hörten die Arbeiter wenig. Trotz der besseren Konjunktur erfolge kein freiwilliger Lohnzuschlag, ja dem christlichen Gewerksverein sei der 10prozentige Lohnzuschlag abgelehnt worden.

Helfer-Bruch (Ruhrrevier) spricht über das Müssen der Wagen und die Ueber-schichten in seinem Revier, beides Uebelstände, die beseitigt werden müßten.

Knoblauch-Weidau (Revier Zeitz-Weißenhau): Der Lohn stelle sich für Hauer auf 3,40 M., für Wagenheber auf 3 M. Del und Handwerksmaterial müsse der Bergmann selber kaufen. Bei solchen Löhnen sei nur eine schlechte Ernährung möglich. So gebe es nicht weiter, es müsse eine Lohnverbesserung angefordert werden. Die Arbeitszeit belaufe sich auf 10—11 Stunden. Die niedrigen Löhne zwängen viele Kameraden zur Ueberarbeit und Ueberanstrengung. Verdienne ein Arbeiter einmal etwas mehr, so werde das Geringe bald reduziert. In den Braunkohlen-Revieren gäbe es keine schlagenden Wetter, aber die Stidluft wirke selbstverständlich sehr gesundheitschädlich. In einzelnen Gruben würden im Sommer an 100 Frauen beschäftigt, sogar schwangere Frauen würden angenommen. Die Frauennarbeit werde sehr gering bezahlt. Aus sanitären und sittlichen Gründen sollte die Frauennarbeit verboten werden. Die Waschanstalten würden kaum benutzt an Wochentagen aus Mangel an Zeit, in der Nähe wohnende benutzten sie Sonntags. Die Waschanstalten selbst genügen häufig nicht den billigsten Ansprüchen. Die Gesehgebung müsse endlich einmal etwas für den Bergmann thun, sie dürfe nicht alles den Agrariern, die dem Arbeiter die Lebensmittel verteuern wollen, zuwenden. (Lebhafte Beifall.)

Sprung (Waldenburger-Revier, Niederschlesien): In Schlesien halte man die schlechten Löhne noch immer hoch. Die Affordarbeit und das Ueber-schichtensystem sei immer noch in Blüthe. Es kämen 9 Schichten auf 6 Arbeitstage. Die Behandlung seitens der Beamten lasse viel zu wünschen übrig. In der Wetterführung sei es besser geworden. Die Bergarbeiter-Zeitung habe nach der Richtung sehr heilsam gewirkt. Der Lohn sei zum Sterben zu viel und zum Auskommen zu wenig. Er betrage 2,40 bis 2,90 Mark.

Der Vorsitzende verkündet, daß nach dem Ergebnis der Mandatsprüfung 57 rechtmäßig gewählte Delegierte anwesend sind und zwar aus dem Ruhrgebiet 28, dem Saargebiet 1, dem Königreich Sachsen 7, der Provinz Sachsen 8, aus Sachsen-Altenburg 4, Niederschlesien 4, Oberschlesien 2, Braunschweig 4 und aus Oberbayern 1 Delegierter.

In der Nachmittags-sitzung wird die Berichterstattung aus den einzelnen Revieren fortgesetzt. In den meisten Berichten finden sich starke Niederholungen. Mit Beifall begrüßt wird Bernegger-Mühlbach (Oberbayern), der in oberbayerischem Rothäm, in Bodenjoppe, grüner Wiese und Verschnen erscheint. Es ist der erste Delegierte von der röhler Grenze, der an einem Bergmannstag teilnimmt. Der Delegierte klagt über niedrige Löhne und schlechte Vergütung. Auch in seinem Bezirk bewahrheitete sich der Schatz: Je länger die Arbeitszeit, je niedriger die Löhne. Die Verhältnisse seien jetzt thatsächlich viel schlechter als früher, da die Profitwuth der Unternehmer ins ungemessene gestiegen sei.

Fischer-Helmstedt berichtet über die Verhältnisse im Braunschweiger Bergrevier. Die Bergleute hätten eine Petition an die Braunschweigische Bergwerk-Direktion um Lohnverbesserung gerichtet. Darauf sei aber, obwohl die Eingabe schon im Dezember v. J. eingereicht sei, noch keine Antwort erfolgt. Die Berginspektion lasse fast alles zu wünschen übrig. Der Beamte, der sich 14 Tage vorher anmelde, bekomme die Mithände nicht zu sehen.

Fritsche-Stassfurt berichtet über die Stassfurter Kalk- und Salzsäurewerke, wo die Löhne durchaus nicht mit den Einnahmen im Einklang ständen, die im preussischen Reichshaushalt figuriren. Auch in den fiskalischen Werken gäbe es jetzt Kampagnen, d. h. zeitweilige Feiern und Ueberstunden, zeitweise würden Feiertage eingelegt. Immerhin zahle der Fiskus noch am besten, er nähe aber die Arbeiter fast ebenso aus, wie die Privatunternehmer.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die Unfälle im deutschen Bergbau und ihre Abhilfe“, referirt Thiemann-Bochum. Die Gesamtzahl der Unfälle im deutschen Bergbau sei von 84 468 im Jahre 1892 auf 48 998 im Jahre 1893 gesunken. Als Ursachen der sehr hohen Zahl von Unfällen bezeichnet Redner die infolge der Affordarbeit notwendige Ueberlastung bei der Arbeit. In den letzten Arbeitsstunden werde am intensivsten gearbeitet, in dieser Zeit passirten die meisten Unfälle. Eine weitere Ursache sei die schlechte Ventilation; eine Folge schlechter Ventilation sei das Unglück in der Kleophas-Grube. Auch auf mangelnde Inspektion müßten viele Unfälle zurückgeführt werden. Die Unternehmer führten heute die Inspektoren häufig hinter das Licht. In vielen Gruben werde ein Strohweisch an die Arbeitsstätte geschickt als Zeichen, daß der Revisor nahe ist. Sei eine Stelle schadhast und schlecht, so werde sie mit Holzstangen zugestrichen. Dem Beamten werde dann fälschlicherweise gesagt, daß dort nicht mehr gearbeitet werde. Die Berginspektoren treffe kein Vorwurf, sie seien zu sehr überlastet. Redner verlangt in einer Resolution: 1. Die Anstellung praktischer gebildeter Arbeiter als Assistenten der staatlichen Aufsichtsbeamten. Diese Hilfskontrolleure müssen frei vom Einfluß der Grubenbesitzer durch die Belegschaften der Gruben in geheimer, direkter Wahl ernannt werden. Ihre Befolgung übernimmt der Staat. 2. Den Bergrevierbeamten ist durch Gesetz strengstens jede Antheilnahme an den Grubeneinnahmen zu untersagen. (Es komme vor, daß ein Revierbeamter Inhaber von Aktien im eigenen Revier sei.) 3. Die Anstellung völlig bergfremder Arbeiter bei unterirdischer Grubenarbeit ist gänzlich zu verbieten. Die erlassenen Bestimmungen über Probe- resp. Lehrzeit der Bergleute sind seitens der staatlichen Aufsichtsbeamten auf ihre Befolgung genau zu prüfen. 4. Auf Schlagwettergruben ist extra ein Wetter-beamter staatlicherseits anzustellen. Erst wenn diese Forderungen durchgeführt seien, könne von einem wirklichen sachgemäßen Schutz der Grubenarbeiter gesprochen werden.

Gue-Ossen weist thatsächlich nach, daß im Saarrevier mit der gesteigerten Förderung sich auch die Zahl der Unfälle gesteigert habe. Die Verordnungen ständen bei uns nur auf dem Papiere, in England sei es besser. Deshalb sei die Zahl der Unfälle in Preußen verhältnismäßig doppelt so hoch als in England.

In der weiteren Diskussion herrscht volles Einverständnis mit den beiden Vordrern. Die Resolution wird unter Hinzufügung eines Punktes 5. „Abkündigung der Affordarbeit“ angenommen. Des am Abend stattfindenden Kommerzes wegen schließt der Vorsitzende die Verhandlung bald nach 8 Uhr.

Am 3. Feiertag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

### Kongress der Sattler Deutschlands.

Erfurt, den 18. April.  
Erschienen sind 44 Delegierte, die zusammen 22 Städte vertreten, aus Wien ist der Kollege Hohenberg erschienen; für die Generalkommission in Sabbath-Damburg anwesend.

Sassenbach-Berlin referirt über das Verhalten der Regierung gegenüber der Petition der Sattler Deutschlands. Um die schlimmsten Mithände, die der Hausindustrie und des Zwischenunternehmertums, soweit diese durch die Staatsbehörden selbst gefördert werden, einigermaßen zu beseitigen, wurde im Jahre 1894 eine Petition an den Kriegsminister gerichtet; die Antwort steht bis heute noch aus. Auf eine Anfrage im Reichstage gab der Kriegsminister an, die Petition erhalten zu haben, habe aber gleich seinem Vorgänger keine Veranlassung gehabt, mit „unbekannten Leuten“ in eine Diskussion einzutreten über prinzipielle Fragen. Diese Antwort habe mit Recht Erschrecken und Mißbilligung hervorgerufen. Man kam zu dem Schlusse, weitere Schritte in der Durchführung der Forderung zu thun. Zu diesem Zweck ist der Sattlerkongress einberufen. Er (Sassenbach) empfehle, Petitionen an sämtliche Fraktionen des Reichstages und der einzelnen Landtage, die Kriegsministerien der einzelnen Staaten zu richten und auch die Presse für die Sache mehr zu interessieren. Redner empfiehlt die Petition folgende Fassung zu geben:

Der am 18. April 1897 zu Erfurt tagende Sattler-Kongress, besucht von 44 Delegierten aus allen Theilen Deutschlands, erlaubt sich, an die deutschen Kriegsministerien folgende Bitte zu richten:

In die Verträge, welche zwischen dem Kriegsministerium und Firmen, die sich um Militärarbeit bewerben, abgeschlossen werden, ist folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Der Unternehmer verpflichtet sich, die übernommenen Arbeiten in eigenen Werkstätten auszuführen. Das Weitergeben derselben an Zwischen-Unternehmer und Hausindustrielle ist untersagt.“

Ferner wird gebeten, die dem Kriegsministerium unterstehenden Behörden und die Regimenter anzuweisen, in die von ihnen abzuschließenden Verträge dieselbe Bestimmung aufzunehmen.

W e g r ü n d u n g :

In der Militärfertigung, Fabrikation, besonders soweit sie das Sattlergewerbe betrifft, haben sich seit einigen Jahren Uebelstände eingebürgert, die für die Arbeiter von den nachtheiligsten Folgen sind.

Während früher die übernommenen Arbeiten in eigenen Werkstätten zur Fertigstellung gelangen, hat dieses jetzt zum größten Theil aufgehört; in den Räumen des Unternehmers wird nur noch die Zurichtung besorgt, dann geht die Arbeit an Hausindustrielle oder Zwischenmeister, die sie fertig stellen.

Der wüthende Konkurrenzkampf der Unternehmer ist die hauptsächlichste Ursache dieser Veränderung. Um Arbeit zu bekommen, werden die Preise so niedrig wie möglich gestellt; da trotzdem verdient werden soll, eine Ersparniß an Material aber meistens ausgeschlossen ist, so werden die Löhne der Arbeiter und die übrigen Geschäftskosten nach Kräften herabgedrückt.

Dieses Bestreben wird ermöglicht durch die Anzahl Arbeitslose, welche im Sattlergewerbe vorhanden sind. Mögen die gezahlten Löhne noch so gering sein, es finden sich immer genügend Arbeitslose, die zur Arbeit bereit sind, um sich selbst und die etwa vorhandene Familie, wenn auch noch so nothdürftig, zu ernähren. Der Fabrikant kann also die Preise nach Belieben drücken, was er auch mit der größten Stuppellosigkeit thut.

Während der regelmäßigen Arbeitszeit ist nun der Arbeiter nicht im Stande, einen irgendwie ausreichenden Lohn zu verdienen, er sieht sich genöthigt, Arbeit mit nach Hause zu nehmen, um dort nach Feierabend weiter zu arbeiten. Dieses führt bald dazu, überhaupt nur zu Hause zu arbeiten, da dadurch der Weg zur Fabrik gespart und ein belästigendes Anfahren und Ausschören ermöglicht wird. Außerdem können noch die Familienmitglieder bei der Arbeit mit beschäftigt werden. Wenn nun ein ausreichender Lohn verdient wird, so ist dieses nur durch Ueberarbeit und Hülfeleistung der Familienmitglieder erreicht worden.

Diese Hausarbeit ist für den Fabrikanten von bedeutendem Vortheil; er kann die gezahlten Preise immer mehr erniedrigen, da die auf vorhergeschilderte Weise verdienten Löhne ihm die Handhabe dazu bieten. Dann spart er auch noch an Liebe, Feuerung, Licht, Kassenbeiträgen u. dergl. und dieses führt in schließlich dazu, nur noch Hausarbeiter zu beschäftigen.

Dadurch werden solche Arbeiter, die unverheirathet sind und keine eigene Wohnung besitzen, in eine Zwangslage versetzt; sie können nur dann Arbeit bekommen, wenn sie selbst für den Arbeitsplatz sorgen. Diese Zwangslage wird nun von unternehmenden Leuten ausgebeutet. Einige der vorher bezeichneten Hausindustriellen entwickeln sich zu Zwischenmeistern, die die vorgerichtete Arbeit in größeren oder kleineren Posten vom Unternehmer beziehen und sich dann in der eigenen engen Wohnung noch einige Arbeiter hinstellen, denen sie noch weit schlechtere Preise zahlen, als sie selbst erhalten. Diese Zwischenmeister verstehen es meistens, sich vom Lande zugereiste, bedürfnislose, mit den Verhältnissen nicht vertraute Leute anzuerwerben, die sie ungenirt ausbeuten können. — Alles dieses ist für die Arbeiter von den schlimmsten Folgen. Die Löhne werden mehr und mehr gedrückt, und sinken in solchen Zeiten, wenn keine größeren Arbeiten gemacht werden, auf eine Summe herab, die es kaum einem Unverheiratheten ermöglicht, damit auszukommen, viel weniger einem Familienvater, der die hohen Preise der Großstadt zahlen muß.

Dann ist die Hausindustrie und das Zwischenmeister-System für die Gesundheit und das Familienleben der Arbeiter überaus schädlich. Die engen Wohnungen der Arbeiter sind kaum ein ausreichender Aufenthalt, viel weniger sind sie geeignet, als Arbeitsstätte zu dienen. Wenn Küche, Schlafzimmern und Arbeitsraum ein- und dasselbe ist, so müssen unbedingt in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung die übelsten Folgen eintreten. Die Erfahrungen der Krankenkassen bestätigen auch, daß nach Perioden, in denen Militärarbeit angefertigt wurde, die Krankheits- und Sterblichkeitsziffer bedeutend stieg. Bei geregelter Arbeit in einer Fabrik würde dieses jedenfalls nicht der Fall gewesen sein, nur die Hausarbeit ist schuld daran.

Nebenbei sei auch noch darauf hingewiesen, daß die Hausarbeit einen ungünstigen Einfluß auf die Güte der gelieferten Gegenstände ausübt.

Es kann dem Kriegsministerium nicht gleichgültig sein, ob die vom Staate bestellten Arbeiten auf einen großen Theil der Bevölkerung einen günstigen oder einen ungünstigen Einfluß ausüben. Wir dürfen wohl annehmen, daß das Kriegsministerium gerne bereit ist, im arbeiterfreundlichen Sinne zu wirken, und geben uns daher der Erwartung hin, daß unsere Bitte Berücksichtigung finden wird. Durch die Erfüllung derselben würde die Staatskasse kaum eine Mehrbelastung erfahren, während unsere Lage bedeutend erleichtert würde.

Ferner beschließt der Kongress, von dieser Petition sämtlichen Fraktionen des deutschen Reichstages, sowie der Einzel-Landtage von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg Mittheilung zu machen, damit sie bei einer eventuellen Besprechung über die einschlägigen Verhältnisse unterrichtet sind.

Es entspinnt sich eine langwierige Debatte, in der die meisten Redner für die Abendung dieser Petition sich aussprechen, aber auch der Meinung sind, es lasse sich durch Schaffung einer starken Arbeiterorganisation weit mehr erreichen.

Böhm-Dresden beantragt, der Petition folgenden Passus beizufügen:

„Sämtliche Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften haben dafür zu sorgen, daß in den staatlichen Werkstätten (Arsenale) die dort beschäftigten Arbeiter an ihrem Beitritt zu einer Organisation nicht verhindert werden.“

Hohenberg-Wien erklärt, daß die Verhandlungen in Erfurt von den Bernskollegen in Oesterreich mit großem Interesse verfolgt wurden. Er und die meisten nachfolgenden Redner sind für Abendung der Petition schon aus dem Grunde, weil dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit auf die traurige Lage der Sattlergehilfen gelenkt werde. Der Antrag Sassenbach wird schließlich mit dem Zufall Böhm-Dresden mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung: „Gefängnisarbeit in unserem Gewerbe“ referirt Kästner-Erfurt. Er weist darauf hin und belegt es mit Zahlen, daß im Sattlergewerbe die Konkurrenzwirtschaft durch Gefängnis- und Zuchthausarbeit immer mehr überhand nehme. Vollständige Abhilfe hierin sei jedoch unter den heutigen staatlichen Verhältnissen keinesfalls zu erhoffen. Es könne sich also nur darum handeln, die ärgsten Auswüchse dieser Konkurrenz zu beseitigen. Hierzu Wege zu finden, sei Aufgabe des heutigen Kongresses. Vielfach höre man den Wunsch auf gänzliche Beseitigung der Gefängnisarbeit. Doch dieser Forderung könne er (Kästner) nicht zustimmen. Es würde dies für längere Zeit Inhaftirte sicherlich Geisteskrankheit zur Folge haben. Zu empfehlen wäre dagegen eine Beschränkung der Gefängnisarbeit.

Nach ausgiebiger Debatte wird schließlich ein Antrag Dieh-Dresden angenommen, wonach eine Kommission zu wählen ist, die den Auftrag hat, Material über die Schädlichkeit der Gefängnisarbeit aus den einzelnen Orten zu sammeln und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu überliefern. Als Sitz der Kommission wird Offenbach bestimmt. — Hiermit ist die Tagesordnung des Kongresses erledigt. Der Vorsitzende schließt abends 1/10 Uhr den ersten deutschen Sattler-Kongress mit einem Hoch auf die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Auf dem Saugtage der organisirten Buchdrucker Oesterreichs-Thüringens, der an den beiden Osterfeiertagen in Erfurt abgehalten wurde, beschäftigte man sich mit der Frage der Zurücknahme des Ausschusses der Mitglieder der Gasa- und Gassen. Sämtliche dahingehende Anträge wurden jedoch abgelehnt, und zwar auf grund einer Erklärung des anwesenden Zentral-Vorstandsmitgliedes Gisser aus Berlin, welche besagt, daß mit dem Tage, wo die „Buchdrucker-Wacht“ eingeht, der Zentral-Vorstand sofort bereit ist, über Anträge auf Zurücknahme der Ausschüsse zu berathen. Da der Zentral-Vorstand ein persönliches Interesse an den Ausschüssen nicht habe, so werde die Frage dann sicherlich auch einer friedlichen Lösung entgegengehen.

### Geriichts-Bericht.

Wegen Beleidigung der Gendarmen Donath und Hauboldt hatte sich der Produzent Erns Pfändt vor dem Hildesheimer Schöffengericht zu verantworten. Die Ehefrau des Angeklagten hatte sich im vorigen Jahre eine Antiloge wegen Fehlerlei zugezogen, weil sie von einem Knaben alte Eisentheile gekauft haben sollte, die dieser seinem Vater entwendet hatte. Da die Antiloge den Kauf entschieden bestritt, dem diebischen Knaben aber kein Glaube geschenkt wurde, sprach das Schöffengericht die Frau Pfändt frei. Gendarm Hauboldt hatte der Verhandlung im Zuhörerraum beigewohnt und veranlaßte den Amtsanwalt, gegen das freisprechende Urtheil Berufung einzulegen und ihn als Zeugen vorzuschlagen, da er bei einer Hausung bei Pfändt festgestellt habe, daß die dort vorgefundenen Eisentheile mit den von dem Knaben gestohlenen identisch gewesen seien. Infolge dessen kam die Sache noch einmal vor dem Landgericht II Berlin zur Verhandlung und hier wurde Frau Pfändt auf grund des Zeugnisses des Gendarmen Hauboldt zu 1 Woche Gefängnis verurtheilt. Pfändt ließ durch einen Rechtsanwalt das Wiederaufnahme-Verfahren beantragen und nannte den Lieferanten, von welchem die betreffenden Eisentheile bezogen worden sein sollten; das Kammergericht lebte den Antrag jedoch ab und so mußte die alte Frau die Strafe verbüßen. Seitdem begt Pfändt erklärlicherweise gegen die Gendarmen einen unaussprechlichen Groll. Am 18. Januar d. J. kamen die obengenannten Gendarmen an seinem Hause vorbei, wobei Gendarm Donath es eilte, daß Pfändt den Bürgersteig mit gefüllten Säcken versperrt hatte. In seiner Aufregung ließ sich Pfändt zu der Ausrufung hinreißen, die Gendarmen könnten weiter nicht, als in Monatlich faisch schnöden. — Mit Rücksicht darauf, daß der 67-jährige Angeklagte noch unbescholten ist, sah der Amtsanwalt von dem Antrage einer Freiheitsstrafe ab und beantragte 1000 M. Geldstrafe oder 100 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof war zwar der Ansicht, daß der Angeklagte eine strenge Strafe verdient habe, doch mußte dieselbe so bemessen werden, daß der Angeklagte sie auch zahlen könne. Das Urtheil lautete daher auf 200 M. Geldbuße, eventl. 40 Tage Gefängnis und Urtheilspublikation in den Lokalblättern.